

Die Israel-Lobby

John Mearsheimer und Stephen Walt

(Übersetzung [des Artikels von London Review Of Books](#))

Seit mehreren Jahrzehnten, und insbesondere seit dem Sechstagekrieg im Jahr 1967, steht die Beziehung zu Israel im Mittelpunkt der US-Nahostpolitik. Die Kombination aus unerschütterlicher Unterstützung für Israel und den damit verbundenen Bemühungen, „Demokratie“ in der gesamten Region zu verbreiten, hat die arabische und islamische Öffentlichkeit aufgebracht und nicht nur die Sicherheit der USA, sondern auch die eines Großteils der übrigen Welt gefährdet. Diese Situation sucht in der amerikanischen Politikgeschichte ihresgleichen. Warum waren die USA bereit, ihre eigene Sicherheit und die vieler ihrer Verbündeten zurückzustellen, um die Interessen eines anderen Staates zu fördern? Man könnte annehmen, dass die Verbindung zwischen den beiden Ländern auf gemeinsamen strategischen Interessen oder zwingenden moralischen Imperativen beruhte, doch keine dieser Erklärungen kann das bemerkenswerte Ausmaß der materiellen und diplomatischen Unterstützung erklären, die die USA leisten.

Stattdessen leitet sich der Schwerpunkt der US-Politik in der Region fast ausschließlich aus der Innenpolitik ab, insbesondere aus den Aktivitäten der „Israel-Lobby“. Andere Interessengruppen haben es geschafft, die Außenpolitik zu beeinflussen, aber keine Lobby hat es geschafft, sie so weit von dem abzuwenden, was das nationale Interesse nahelegen würde, und gleichzeitig die Amerikaner davon zu überzeugen, dass die Interessen der USA und die des anderen Landes – in diesem Fall Israels – im Wesentlichen identisch sind.

Seit dem Oktoberkrieg 1973 hat Washington Israel ein Maß an Unterstützung gewährt, das die Hilfe für jeden anderen Staat in den Schatten stellt. Seit 1976 ist Israel der größte jährliche Empfänger direkter wirtschaftlicher und militärischer Hilfe und mit weit über 140 Milliarden Dollar (in Dollar von 2004) der größte Empfänger insgesamt seit dem Zweiten Weltkrieg. Israel erhält jährlich etwa 3 Milliarden Dollar an direkter Hilfe, was etwa einem Fünftel des Außenhilfebudgets entspricht und pro Israeli etwa 500 Dollar pro Jahr ausmacht. Diese Großzügigkeit ist besonders auffällig, da Israel mittlerweile ein wohlhabender Industriestaat ist, dessen Pro-Kopf-Einkommen in etwa dem von Südkorea oder Spanien entspricht.

Andere Empfänger erhalten ihr Geld in vierteljährlichen Raten, Israel jedoch erhält seine gesamte Zuweisung zu Beginn jedes Haushaltsjahres und kann somit Zinsen darauf verdienen. Die meisten Empfänger von Hilfe für militärische Zwecke müssen diese vollständig in den USA ausgeben, doch Israel darf etwa 25 Prozent seiner Zuweisung zur Subventionierung der eigenen Rüstungsindustrie verwenden. Es ist der einzige Empfänger, der keine Rechenschaft darüber ablegen muss, wie die Hilfe ausgegeben wird, was es praktisch unmöglich macht, zu verhindern, dass das Geld für Zwecke verwendet wird, die die USA ablehnen, wie zum Beispiel den Bau von Siedlungen im Westjordanland. Darüber hinaus haben die USA Israel fast 3 Milliarden Dollar für die Entwicklung von Waffensystemen zur Verfügung gestellt und ihm Zugang zu erstklassigen Waffen wie Blackhawk-Hubschraubern und F-16-Kampfflugzeugen gewährt. Schließlich gewährt die USA Israel Zugang zu Geheimdienstinformationen, die sie ihren NATO-Verbündeten vorenthält, und hat bei Israels Erwerb von Atomwaffen ein Auge zugeedrückt.

Washington gewährt Israel zudem beständige diplomatische Unterstützung. Seit 1982 haben die USA 32 Resolutionen des Sicherheitsrats, die Israel kritisierten, mit ihrem Veto blockiert – mehr als die Gesamtzahl der Vetos aller anderen Mitglieder des Sicherheitsrats. Sie blockieren die Bemühungen arabischer Staaten, Israels Atomarsenal auf die Tagesordnung der IAEO zu setzen. Die USA kommen in Kriegszeiten zur Hilfe und stellen sich bei Friedensverhandlungen auf die Seite Israels. Die Nixon-Regierung schützte Israel vor der Gefahr einer sowjetischen Intervention und versorgte es während des Oktoberkriegs mit Nachschub. Washington war tief in die Verhandlungen involviert, die diesen Krieg beendeten, sowie in den langwierigen „Schritt-für-Schritt“-Prozess, der darauf folgte, ebenso wie es eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen spielte, die den Osloer Abkommen von 1993 vorausgingen und darauf folgten. In jedem Fall kam es gelegentlich zu Reibereien zwischen US-

amerikanischen und israelischen Vertretern, doch die USA unterstützten konsequent die israelische Position. Ein amerikanischer Teilnehmer in Camp David im Jahr 2000 sagte später: „Viel zu oft fungierten wir ... als Israels Anwalt.“ Schließlich zielt das Bestreben der Bush-Regierung, den Nahen Osten zu transformieren, zumindest teilweise darauf ab, Israels strategische Lage zu verbessern.

Diese außergewöhnliche Großzügigkeit wäre vielleicht verständlich, wenn Israel ein unverzichtbarer strategischer Trumpf wäre oder wenn es zwingende moralische Gründe für die Unterstützung durch die USA gäbe. Doch keine dieser Erklärungen ist überzeugend. Man könnte argumentieren, dass Israel während des Kalten Krieges ein Aktivposten war. Indem es nach 1967 als Stellvertreter der USA fungierte, trug es dazu bei, die sowjetische Expansion in der Region einzudämmen, und fügte sowjetischen Verbündeten wie Ägypten und Syrien demütigende Niederlagen zu. Es half gelegentlich dabei, andere US-Verbündete (wie König Hussein von Jordanien) zu schützen, und seine militärische Stärke zwang Moskau dazu, mehr Geld für die Unterstützung seiner eigenen Verbündeten auszugeben. Außerdem lieferte es nützliche Geheimdienstinformationen über sowjetische Fähigkeiten.

Die Unterstützung Israels war jedoch nicht billig und erschwerte die Beziehungen der USA zur arabischen Welt. So löste beispielsweise die Entscheidung, während des Oktoberkriegs militärische Soforthilfe in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar zu leisten, ein OPEC-Ölembargo aus, das den westlichen Volkswirtschaften erheblichen Schaden zufügte. Trotz alledem waren die israelischen Streitkräfte nicht in der Lage, die US-Interessen in der Region zu schützen. Die USA konnten sich beispielsweise nicht auf Israel verlassen, als die iranische Revolution 1979 Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Ölversorgung aufkommen ließ, und mussten stattdessen eine eigene schnelle Eingreiftruppe aufstellen.

Der erste Golfkrieg zeigte, in welchem Maße Israel zu einer strategischen Belastung wurde. Die USA konnten die israelischen Stützpunkte nicht nutzen, ohne die Anti-Irak-Koalition zu sprengen, und mussten Ressourcen (z. B. Patriot-Raketenbatterien) umleiten, um zu verhindern, dass Tel Aviv etwas unternahm, was dem Bündnis gegen Saddam Hussein schaden könnte. Die Geschichte wiederholte sich 2003: Obwohl Israel darauf drängte, dass die USA den Irak angreifen, konnte Bush es nicht um Hilfe bitten, ohne arabischen Widerstand auszulösen. So blieb Israel erneut außen vor.

Seit den 1990er Jahren und noch stärker nach dem 11. September wurde die Unterstützung der USA mit der Behauptung gerechtfertigt, dass beide Staaten von Terroristengruppen aus der arabischen und muslimischen Welt sowie von „Schurkenstaaten“ bedroht seien, die diese Gruppen unterstützen und nach Massenvernichtungswaffen streben. Darunter versteht man nicht nur, dass Washington Israel freie Hand im Umgang mit den Palästinensern lassen und es nicht zu Zugeständnissen drängen sollte, bis alle palästinensischen Terroristen inhaftiert oder tot sind, sondern auch, dass die USA gegen Länder wie den Iran und Syrien vorgehen sollten. Israel wird somit als entscheidender Verbündeter im Krieg gegen den Terror angesehen, da seine Feinde Amerikas Feinde sind. Tatsächlich ist Israel jedoch eine Belastung im Krieg gegen den Terror und bei den umfassenderen Bemühungen, mit Schurkenstaaten umzugehen.

„Terrorismus“ ist kein einzelner Gegner, sondern eine Taktik, die von einer Vielzahl politischer Gruppen angewendet wird. Die Terrororganisationen, die Israel bedrohen, bedrohen die Vereinigten Staaten nicht, es sei denn, diese greifen gegen sie ein (wie 1982 im Libanon). Darüber hinaus ist der palästinensische Terrorismus keine willkürliche Gewalt, die sich gegen Israel oder „den Westen“ richtet; er ist größtenteils eine Reaktion auf Israels langwierige Kampagne zur Kolonisierung des Westjordanlands und des Gazastreifens.

Noch wichtiger ist, dass die Behauptung, Israel und die USA seien durch eine gemeinsame terroristische Bedrohung vereint, den Kausalzusammenhang verkehrt herum darstellt: Die USA haben zum großen Teil deshalb ein Terrorismusproblem, weil sie so eng mit Israel verbündet sind, nicht umgekehrt. Die Unterstützung Israels ist nicht die einzige Quelle des antiamerikanischen Terrorismus, aber sie ist eine wichtige, und sie erschwert den Sieg im Krieg gegen den Terror. Es steht außer Frage, dass viele Al-Qaida-Führer, darunter Osama bin Laden, durch Israels Präsenz in Jerusalem und die

Notlage der Palästinenser motiviert sind. Die bedingungslose Unterstützung Israels erleichtert es Extremisten, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und neue Anhänger zu rekrutieren.

Was die sogenannten Schurkenstaaten im Nahen Osten angeht, so stellen sie keine ernsthafte Bedrohung für die vitalen Interessen der USA dar, außer insofern, als sie eine Bedrohung für Israel sind. Selbst wenn diese Staaten Atomwaffen erwerben – was natürlich unerwünscht ist –, könnten weder Amerika noch Israel erpresst werden, da der Erpresser seine Drohung nicht umsetzen könnte, ohne mit massiven Vergeltungsmaßnahmen rechnen zu müssen. Die Gefahr einer Weitergabe von Atomwaffen an Terroristen ist ebenso gering, da ein Schurkenstaat nicht sicher sein könnte, dass der Transfer unentdeckt bliebe oder dass er danach nicht beschuldigt und bestraft würde. Die Beziehung zu Israel erschwert es den USA sogar, mit diesen Staaten umzugehen. Israels Atomwaffenarsenal ist ein Grund, warum einige seiner Nachbarn Atomwaffen wollen, und ihnen mit einem Regimewechsel zu drohen, verstärkt diesen Wunsch nur noch.

Ein letzter Grund, Israels strategischen Wert in Frage zu stellen, ist, dass es sich nicht wie ein treuer Verbündeter verhält. Israelische Beamte ignorieren häufig US-amerikanische Forderungen und brechen Versprechen (einschließlich der Zusagen, den Siedlungsbau zu stoppen und von „gezielten Tötungen“ palästinensischer Führer abzusehen). Israel hat potenziellen Rivalen wie China sensible Militärtechnologie zur Verfügung gestellt, was der Generalinspekteur des Außenministeriums als „ein systematisches und zunehmendes Muster unerlaubter Transfers“ bezeichnete. Nach Angaben des General Accounting Office führt Israel zudem „die aggressivsten Spionageoperationen gegen die USA aller Verbündeten durch“. Neben dem Fall von Jonathan Pollard, der Israel Anfang der 1980er Jahre große Mengen an geheimem Material übergab (das Israel Berichten zufolge an die Sowjetunion weitergab, um im Gegenzug mehr Ausreisevisa für sowjetische Juden zu erhalten), kam es 2004 zu einer neuen Kontroverse, als bekannt wurde, dass ein hochrangiger Pentagon-Beamter namens Larry Franklin geheime Informationen an einen israelischen Diplomaten weitergegeben hatte. Israel ist bei weitem nicht das einzige Land, das die USA ausspioniert, doch seine Bereitschaft, seinen wichtigsten Gönner auszuspionieren, lässt weitere Zweifel an seinem strategischen Wert aufkommen.

Es geht nicht nur um den strategischen Wert Israels. Seine Befürworter argumentieren zudem, dass es uneingeschränkte Unterstützung verdiene, weil es schwach und von Feinden umgeben sei; weil es eine Demokratie sei; weil das jüdische Volk unter Verbrechen der Vergangenheit gelitten habe und daher eine Sonderbehandlung verdiene; und weil Israels Verhalten moralisch über dem seiner Gegner stehe. Bei genauerer Betrachtung ist keines dieser Argumente überzeugend. Es gibt starke moralische Gründe, die Existenz Israels zu unterstützen, aber diese ist nicht in Gefahr. Objektiv betrachtet bietet sein vergangenes und gegenwärtiges Verhalten keine moralische Grundlage dafür, es gegenüber den Palästinensern zu privilegieren.

Israel wird oft als David dargestellt, der sich Goliath gegenüberstellt, doch das Gegenteil entspricht eher der Wahrheit. Entgegen der landläufigen Meinung verfügten die Zionisten während des Unabhängigkeitskrieges von 1947–49 über größere, besser ausgerüstete und besser geführte Streitkräfte, und die israelischen Streitkräfte errangen 1956 schnelle und leichte Siege gegen Ägypten sowie 1967 gegen Ägypten, Jordanien und Syrien – all dies, bevor groß angelegte US-Hilfe zu fließen begann. Heute ist Israel die stärkste Militärmacht im Nahen Osten. Seine konventionellen Streitkräfte sind denen seiner Nachbarn weit überlegen, und es ist der einzige Staat in der Region, der über Atomwaffen verfügt. Ägypten und Jordanien haben Friedensverträge mit ihm unterzeichnet, und Saudi-Arabien hat dies angeboten. Syrien hat seinen sowjetischen Schutzherrn verloren, der Irak wurde durch drei verheerende Kriege verwüstet, und der Iran ist Hunderte von Kilometern entfernt. Die Palästinenser verfügen kaum über eine funktionierende Polizei, geschweige denn über eine Armee, die eine Bedrohung für Israel darstellen könnte. Laut einer Einschätzung des Jaffee-Zentrums für Strategische Studien der Universität Tel Aviv aus dem Jahr 2005 „spricht das strategische Gleichgewicht eindeutig für Israel, das den qualitativen Abstand zwischen seiner eigenen militärischen Leistungsfähigkeit und Abschreckungskraft und der seiner Nachbarn weiter vergrößert hat.“ Wäre die Unterstützung des Unterlegenen ein zwingendes Motiv, würden die Vereinigten Staaten Israels Gegner unterstützen.

Dass Israel eine befreundete Demokratie ist, die von feindlichen Diktaturen umgeben ist, kann das derzeitige Ausmaß der Hilfe nicht erklären: Es gibt viele Demokratien auf der Welt, aber keine erhält eine ebenso großzügige Unterstützung. Die USA haben in der Vergangenheit demokratische Regierungen gestürzt und Diktatoren unterstützt, wenn man glaubte, dies diene ihren Interessen – sie unterhalten heute gute Beziehungen zu einer Reihe von Diktaturen.

Einige Aspekte der israelischen Demokratie stehen im Widerspruch zu zentralen amerikanischen Werten. Anders als in den USA, wo Menschen unabhängig von Rasse, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit gleiche Rechte genießen sollen, wurde Israel ausdrücklich als jüdischer Staat gegründet, und die Staatsbürgerschaft basiert auf dem Prinzip der Blutsverwandtschaft. Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass die 1,3 Millionen Araber als Bürger zweiter Klasse behandelt werden oder dass eine kürzlich eingesetzte israelische Regierungskommission feststellte, dass Israel ihnen gegenüber „nachlässig und diskriminierend“ handelt. Sein demokratischer Status wird zudem durch die Weigerung untergraben, den Palästinensern einen lebensfähigen eigenen Staat oder volle politische Rechte zu gewähren.

Eine dritte Rechtfertigung ist die Geschichte des Leidens der Juden im christlichen Westen, insbesondere während des Holocausts. Da Juden jahrhundertlang verfolgt wurden und sich nur in einer jüdischen Heimat sicher fühlen konnten, glauben viele Menschen heute, dass Israel eine Sonderbehandlung seitens der Vereinigten Staaten verdient. Die Gründung des Landes war zweifellos eine angemessene Reaktion auf die lange Geschichte von Verbrechen gegen Juden, führte aber auch zu neuen Verbrechen gegen eine weitgehend unschuldige dritte Partei: die Palästinenser.

Dies war den frühen Führern Israels sehr wohl bewusst. David Ben-Gurion sagte zu Nahum Goldmann, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses:

Wenn ich ein arabischer Führer wäre, würde ich niemals einen Frieden mit Israel schließen. Das ist ganz natürlich: Wir haben ihr Land genommen ... Wir kommen aus Israel, aber das war vor zweitausend Jahren, und was geht das sie an? Es gab Antisemitismus, die Nazis, Hitler, Auschwitz, aber war das ihre Schuld? Sie sehen nur eines: Wir sind hierhergekommen und haben ihr Land gestohlen. Warum sollten sie das akzeptieren?

Seitdem haben israelische Führer wiederholt versucht, die nationalen Bestrebungen der Palästinenser zu leugnen. Als sie Premierministerin war, bemerkte Golda Meir in einer berühmten Äußerung: „Es gibt so etwas wie einen Palästinenser nicht.“ Der Druck durch extremistische Gewalt und das Bevölkerungswachstum der Palästinenser hat nachfolgende israelische Politiker dazu gezwungen, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen und andere territoriale Kompromisse in Betracht zu ziehen, aber nicht einmal Yitzhak Rabin war bereit, den Palästinensern einen lebensfähigen Staat anzubieten. Ehud Baraks angeblich großzügiges Angebot in Camp David hätte ihnen lediglich eine Reihe entwaffneter Bantustans unter de facto israelischer Kontrolle eingebracht. Die tragische Geschichte des jüdischen Volkes verpflichtet die USA nicht dazu, Israel heute zu helfen, egal was es tut.

Israels Unterstützer stellen das Land zudem als eine Nation dar, die stets nach Frieden gestrebt und selbst bei Provokationen große Zurückhaltung geübt hat. Den Arabern hingegen wird vorgeworfen, mit großer Boshaftigkeit gehandelt zu haben. Vor Ort jedoch unterscheidet sich Israels Bilanz nicht von der seiner Gegner. Ben-Gurion räumte ein, dass die frühen Zionisten den palästinensischen Arabern, die sich gegen ihre Übergriffe wehrten, alles andere als wohlwollend begegneten – was kaum überrascht, da die Zionisten versuchten, ihren eigenen Staat auf arabischem Land zu errichten. Ebenso ging die Gründung Israels in den Jahren 1947–48 mit ethnischen Säuberungen einher, darunter Hinrichtungen, Massaker und Vergewaltigungen durch Juden, und das spätere Verhalten Israels war oft brutal, was jeglichen Anspruch auf moralische Überlegenheit Lügen straft. Zwischen 1949 und 1956 töteten israelische Sicherheitskräfte beispielsweise zwischen 2700 und 5000 arabische Eindringlinge, von denen die überwiegende Mehrheit unbewaffnet war. Die IDF ermordete sowohl im Krieg von 1956 als auch im Krieg von 1967 Hunderte ägyptischer Kriegsgefangener, während sie 1967 zwischen 100.000 und 260.000 Palästinenser aus dem neu eroberten Westjordanland vertrieb und 80.000 Syrer aus den Golanhöhen vertrieb.

Während der ersten Intifada verteilte die IDF Schlagstöcke an ihre Truppen und ermutigte sie, palästinensischen Demonstranten die Knochen zu brechen. Die schwedische Sektion von Save the Children schätzte, dass „in den ersten beiden Jahren der Intifada 23.600 bis 29.900 Kinder wegen ihrer durch Schläge verursachten Verletzungen medizinisch behandelt werden mussten“. Fast ein Drittel von ihnen war zehn Jahre alt oder jünger. Die Reaktion auf die zweite Intifada war noch gewalttätiger, was Ha'aretz zu der Feststellung veranlasste, dass „die IDF ... sich in eine Tötungsmaschine verwandelt, deren Effizienz beeindruckend, aber schockierend ist“. Die IDF feuerte in den ersten Tagen des Aufstands eine Million Kugeln ab. Seitdem hat Israel für jeden getöteten Israeli 3,4 Palästinenser getötet, von denen die Mehrheit unschuldige Passanten waren; das Verhältnis zwischen getöteten palästinensischen und israelischen Kindern ist sogar noch höher (5,7:1). Es sei auch daran erinnert, dass die Zionisten auf terroristische Bomben setzten, um die Briten aus Palästina zu vertreiben, und dass Yitzhak Shamir, einst Terrorist und späterer Ministerpräsident, erklärte, dass „weder die jüdische Ethik noch die jüdische Tradition den Terrorismus als Mittel des Kampfes disqualifizieren können“.

Der Rückgriff der Palästinenser auf Terrorismus ist falsch, aber nicht überraschend. Die Palästinenser glauben, dass sie keine andere Möglichkeit haben, Israel zu Zugeständnissen zu zwingen. Wie Ehud Barak einmal zugab, wäre er als Palästinenser geboren worden, hätte er sich „einer Terrororganisation angeschlossen“.

Wenn also weder strategische noch moralische Argumente Amerikas Unterstützung für Israel erklären können, wie sollen wir sie dann erklären?

Die Erklärung ist die unübertroffene Macht der Israel-Lobby. Wir verwenden „die Lobby“ als Kurzbezeichnung für die lose Koalition von Einzelpersonen und Organisationen, die aktiv daran arbeiten, die US-Außenpolitik in eine pro-israelische Richtung zu lenken. Damit soll nicht suggeriert werden, dass „die Lobby“ eine einheitliche Bewegung mit einer zentralen Führung sei oder dass sich die einzelnen Mitglieder in bestimmten Fragen nicht uneinig seien. Nicht alle jüdischen Amerikaner sind Teil der Lobby, da Israel für viele von ihnen kein vorrangiges Thema ist. In einer Umfrage aus dem Jahr 2004 gaben beispielsweise rund 36 Prozent der amerikanischen Juden an, sie fühlten sich Israel entweder „nicht sehr“ oder „überhaupt nicht“ emotional verbunden.

Auch in Bezug auf bestimmte israelische Politikbereiche gehen die Meinungen der jüdischen Amerikaner auseinander. Viele der wichtigsten Organisationen der Lobby, wie das American-Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und die Conference of Presidents of Major Jewish Organizations, werden von Hardlinern geführt, die im Allgemeinen die expansionistische Politik der Likud-Partei unterstützen, einschließlich ihrer Feindseligkeit gegenüber dem Osloer Friedensprozess. Der Großteil der US-amerikanischen Juden neigt hingegen eher dazu, den Palästinensern Zugeständnisse zu machen, und einige wenige Gruppen – wie beispielsweise Jewish Voice for Peace – setzen sich nachdrücklich für solche Schritte ein. Trotz dieser Unterschiede befürworten sowohl Gemäßigte als auch Hardliner eine unerschütterliche Unterstützung Israels.

Es überrascht nicht, dass sich führende Vertreter der amerikanischen Juden oft mit israelischen Beamten beraten, um sicherzustellen, dass ihre Handlungen den israelischen Zielen dienen. Wie ein Aktivist einer großen jüdischen Organisation schrieb: „Es ist für uns Routine zu sagen: ‚Das ist unsere Politik zu einem bestimmten Thema, aber wir müssen prüfen, was die Israelis davon halten.‘ Wir als Gemeinschaft tun das ständig.“ Es herrscht ein starkes Vorurteil gegen Kritik an der israelischen Politik, und Druck auf Israel auszuüben, gilt als unangebracht. Edgar Bronfman Sr., der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, wurde der „Perfidie“ bezichtigt, als er Mitte 2003 einen Brief an Präsident Bush schrieb, in dem er ihn drängte, Israel davon zu überzeugen, den Bau seines umstrittenen „Sicherheitszauns“ einzuschränken. Seine Kritiker sagten, es sei „zu jeder Zeit obszön, wenn der Präsident des Jüdischen Weltkongresses beim Präsidenten der Vereinigten Staaten Lobbyarbeit betreibt, um sich gegen von der israelischen Regierung geförderte Politik zu wehren.“

Als Seymour Reich, der Vorsitzende des Israel Policy Forum, Condoleezza Rice im November 2005 riet, Israel aufzufordern, einen wichtigen Grenzübergang im Gazastreifen wieder zu öffnen, wurde sein Vorgehen als „unverantwortlich“ angeprangert: „Es gibt“, so seine Kritiker, „in der jüdischen

Mainstream-Gesellschaft absolut keinen Platz dafür, aktiv gegen die sicherheitspolitischen Maßnahmen ... Israels zu agitieren.“ Unter dem Druck dieser Angriffe erklärte Reich, dass „das Wort ‚Druck‘ in meinem Wortschatz nicht vorkommt, wenn es um Israel geht.“

Jüdische Amerikaner haben eine beeindruckende Reihe von Organisationen gegründet, um Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik zu nehmen, von denen AIPAC die mächtigste und bekannteste ist. 1997 bat das Magazin Fortune Mitglieder des Kongresses und deren Mitarbeiter, die mächtigsten Lobbys in Washington aufzulisten. AIPAC belegte den zweiten Platz hinter der American Association of Retired People, aber vor der AFL-CIO und der National Rifle Association. Eine Studie des National Journal vom März 2005 kam zu einem ähnlichen Ergebnis und platzierte AIPAC auf dem zweiten Platz (gleichauf mit AARP) in der „Macht-Rangliste“ von Washington.

Zur Lobby gehören auch prominente christliche Evangelikale wie Gary Bauer, Jerry Falwell, Ralph Reed und Pat Robertson sowie Dick Armey und Tom DeLay, ehemalige Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, die alle glauben, dass die Wiedergeburt Israels die Erfüllung biblischer Prophezeiungen ist, und dessen expansionistische Agenda unterstützen; etwas anderes zu tun, so glauben sie, würde Gottes Willen widersprechen. Neokonservative Nichtjuden wie John Bolton, Robert Bartley, der ehemalige Herausgeber des Wall Street Journal, William Bennett, der ehemalige Bildungsminister, Jeane Kirkpatrick, die ehemalige UN-Botschafterin, und der einflussreiche Kolumnist George Will sind ebenfalls überzeugte Unterstützer.

Die Regierungsform der USA bietet Aktivisten viele Möglichkeiten, den politischen Prozess zu beeinflussen. Interessengruppen können bei gewählten Vertretern und Mitgliedern der Exekutive Lobbyarbeit betreiben, Wahlkampfspenden leisten, bei Wahlen abstimmen, versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen usw. Sie genießen einen unverhältnismäßig großen Einfluss, wenn sie sich für ein Thema engagieren, dem gegenüber die Mehrheit der Bevölkerung gleichgültig ist. Politiker neigen dazu, denjenigen entgegenzukommen, denen das Thema am Herzen liegt, selbst wenn ihre Zahl gering ist, in der Gewissheit, dass der Rest der Bevölkerung sie dafür nicht bestrafen wird.

In ihrer grundlegenden Arbeitsweise unterscheidet sich die Israel-Lobby nicht von der Agrarlobby, den Stahl- oder Textilarbeitergewerkschaften oder anderen ethnischen Lobbys. Es ist nichts Unrechtes daran, dass amerikanische Juden und ihre christlichen Verbündeten versuchen, die US-Politik zu beeinflussen: Die Aktivitäten der Lobby sind keine Verschwörung der Art, wie sie in Schriften wie den „Protokollen der Weisen von Zion“ dargestellt wird. Zum größten Teil tun die Personen und Gruppen, aus denen sie besteht, nur das, was andere Interessengruppen tun, aber sie tun es wesentlich besser. Im Gegensatz dazu sind pro-arabische Interessengruppen, sofern es sie überhaupt gibt, schwach, was die Aufgabe der Israel-Lobby noch einfacher macht.

Die Lobby verfolgt zwei übergeordnete Strategien. Erstens nutzt sie ihren erheblichen Einfluss in Washington, um sowohl den Kongress als auch die Exekutive unter Druck zu setzen. Unabhängig davon, welche Ansichten einzelne Gesetzgeber oder politische Entscheidungsträger persönlich vertreten mögen, versucht die Lobby, die Unterstützung Israels zur „klugen“ Wahl zu machen. Zweitens bemüht sie sich darum, sicherzustellen, dass Israel in der öffentlichen Debatte in einem positiven Licht dargestellt wird, indem sie Mythen über seine Gründung wiederholt und ihren Standpunkt in politischen Debatten vertritt. Das Ziel besteht darin, zu verhindern, dass kritische Stimmen in der politischen Arena Gehör finden. Die Kontrolle der Debatte ist entscheidend, um die Unterstützung der USA zu sichern, denn eine offene Diskussion über die amerikanisch-israelischen Beziehungen könnte die Amerikaner dazu veranlassen, eine andere Politik zu befürworten.

Eine wichtige Säule der Wirksamkeit der Lobby ist ihr Einfluss im Kongress, wo Israel praktisch immun gegen Kritik ist. Das ist an sich bemerkenswert, da der Kongress selten vor kontroversen Themen zurückschreckt. Wenn es jedoch um Israel geht, verstummen potenzielle Kritiker. Ein Grund dafür ist, dass einige wichtige Mitglieder christliche Zionisten sind, wie Dick Armey, der im September 2002 sagte: „Meine oberste Priorität in der Außenpolitik ist der Schutz Israels.“ Man könnte meinen, dass die oberste Priorität für jeden Kongressabgeordneten der Schutz Amerikas wäre. Es gibt auch jüdische

Senatoren und Kongressabgeordnete, die sich dafür einsetzen, dass die US-Außenpolitik die Interessen Israels unterstützt.

Eine weitere Quelle der Macht der Lobby ist der Einsatz von pro-israelischen Kongressmitarbeitern. Wie Morris Amitay, ein ehemaliger Leiter von AIPAC, einmal zugab: „Es gibt hier oben – auf dem Capitol Hill – viele Leute auf der Arbeitsebene, die zufällig jüdisch sind und bereit sind, ... bestimmte Themen unter dem Gesichtspunkt ihres Judentums zu betrachten ... Das sind alles Leute, die in der Lage sind, in diesen Bereichen Entscheidungen für diese Senatoren zu treffen ... Man kann allein auf der Ebene der Mitarbeiter unglaublich viel erreichen.“

AIPAC selbst bildet jedoch den Kern des Einflusses der Lobby im Kongress. Sein Erfolg beruht auf seiner Fähigkeit, Gesetzgeber und Kongresskandidaten zu belohnen, die seine Agenda unterstützen, und diejenigen zu bestrafen, die sie in Frage stellen. Geld spielt bei US-Wahlen eine entscheidende Rolle (wie uns der Skandal um die zwielichtigen Geschäfte des Lobbyisten Jack Abramoff in Erinnerung ruft), und AIPAC sorgt dafür, dass seine Freunde starke finanzielle Unterstützung von den vielen pro-israelischen politischen Aktionskomitees erhalten. Wer als israelfeindlich gilt, kann sicher sein, dass AIPAC Wahlkampfspenden an seine politischen Gegner weiterleitet. AIPAC organisiert zudem Briefkampagnen und ermutigt Zeitungsredakteure, pro-israelische Kandidaten zu unterstützen.

An der Wirksamkeit dieser Taktiken besteht kein Zweifel. Hier ein Beispiel: Bei den Wahlen 1984 trug AIPAC dazu bei, Senator Charles Percy aus Illinois zu besiegen, der laut einer prominenten Lobby-Persönlichkeit „Unsensibilität und sogar Feindseligkeit gegenüber unseren Anliegen an den Tag gelegt“ hatte. Thomas Dine, der damalige Chef von AIPAC, erklärte, was geschah: „Alle Juden in Amerika, von Küste zu Küste, schlossen sich zusammen, um Percy zu stürzen. Und die amerikanischen Politiker – sowohl diejenigen, die derzeit öffentliche Ämter bekleiden, als auch diejenigen, die danach streben – haben die Botschaft verstanden.“

Der Einfluss von AIPAC auf dem Capitol Hill reicht noch weiter. Laut Douglas Bloomfield, einem ehemaligen AIPAC-Mitarbeiter, „ist es üblich, dass sich Kongressabgeordnete und ihre Mitarbeiter zuerst an AIPAC wenden, wenn sie Informationen benötigen, bevor sie die Kongressbibliothek, den Congressional Research Service, Ausschussmitarbeiter oder Experten der Verwaltung anrufen.“ Noch wichtiger ist, dass er anmerkt, dass AIPAC „häufig damit beauftragt wird, Reden zu entwerfen, an Gesetzentwürfen mitzuarbeiten, taktische Beratung zu leisten, Recherchen durchzuführen, Mitunterstützer zu gewinnen und Stimmen zu mobilisieren“.

Unter dem Strich hat AIPAC, ein de facto-Vertreter einer ausländischen Regierung, den Kongress fest im Griff, was dazu führt, dass die US-Politik gegenüber Israel dort nicht debattiert wird, obwohl diese Politik wichtige Konsequenzen für die ganze Welt hat. Mit anderen Worten: Eine der drei Hauptgewalten der Regierung ist fest entschlossen, Israel zu unterstützen. Wie ein ehemaliger demokratischer Senator, Ernest Hollings, bei seinem Ausscheiden aus dem Amt feststellte: „Man kann hier keine andere Israel-Politik betreiben als die, die einem AIPAC vorgibt.“ Oder wie Ariel Sharon einmal vor einem amerikanischen Publikum sagte: „Wenn mich Leute fragen, wie sie Israel helfen können, sage ich ihnen: ‚Helft AIPAC.‘“

Zum Teil dank des Einflusses, den jüdische Wähler auf Präsidentschaftswahlen haben, verfügt die Lobby auch über erheblichen Einfluss auf die Exekutive. Obwohl sie weniger als 3 Prozent der Bevölkerung ausmachen, leisten sie große Wahlkampfspenden an Kandidaten beider Parteien. Die Washington Post schätzte einmal, dass demokratische Präsidentschaftskandidaten „zu 60 Prozent auf jüdische Unterstützer angewiesen sind, um ihre Wahlkampfgelder zu beschaffen“. Und da jüdische Wähler eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen und sich in Schlüsselstaaten wie Kalifornien, Florida, Illinois, New York und Pennsylvania konzentrieren, unternehmen Präsidentschaftskandidaten große Anstrengungen, um sie nicht zu verärgern.

Wichtige Organisationen der Lobby machen es sich zur Aufgabe, sicherzustellen, dass Kritiker Israels keine wichtigen außenpolitischen Posten erhalten. Jimmy Carter wollte George Ball zu seinem ersten Außenminister machen, wusste jedoch, dass Ball als Israel-Kritiker galt und dass die Lobby sich der

Ernennung widersetzen würde. Auf diese Weise wird jeder aufstrebende Politiker dazu angehalten, ein offener Unterstützer Israels zu werden, weshalb öffentliche Kritiker der israelischen Politik im außenpolitischen Establishment zu einer vom Aussterben bedrohten Spezies geworden sind.

Als Howard Dean forderte, die Vereinigten Staaten sollten im arabisch-israelischen Konflikt eine „ausgewogenere Rolle“ einnehmen, warf Senator Joseph Lieberman ihm vor, Israel im Stich zu lassen, und bezeichnete seine Äußerung als „unverantwortlich“. Praktisch alle führenden Demokraten im Repräsentantenhaus unterzeichneten einen Brief, in dem sie Deans Äußerungen kritisierten, und der Chicago Jewish Star berichtete, dass „anonyme Angreifer ... die E-Mail-Postfächer jüdischer Führer im ganzen Land verstopfen und – ohne nennenswerte Beweise – warnen, dass Dean irgendwie schlecht für Israel sei“.

Diese Sorge war absurd; Dean vertritt in Bezug auf Israel tatsächlich eine recht aggressive Haltung: Sein Wahlkampf-Co-Vorsitzender war ein ehemaliger AIPAC-Präsident, und Dean sagte, seine eigenen Ansichten zum Nahen Osten entsprächen eher denen von AIPAC als denen der gemäßigeren „Americans for Peace Now“. Er hatte lediglich vorgeschlagen, dass Washington als ehrlicher Vermittler agieren sollte, um „die Seiten zusammenzubringen“. Das ist kaum eine radikale Idee, aber die Lobby duldet keine Ausgewogenheit.

Während der Clinton-Regierung wurde die Nahostpolitik weitgehend von Beamten geprägt, die enge Verbindungen zu Israel oder zu prominenten pro-israelischen Organisationen unterhielten; darunter Martin Indyk, ehemaliger stellvertretender Forschungsdirektor bei AIPAC und Mitbegründer des pro-israelischen Washington Institute for Near East Policy (WINEP); Dennis Ross, der nach seinem Ausscheiden aus der Regierung im Jahr 2001 zum WINEP wechselte; sowie Aaron Miller, der in Israel gelebt hat und das Land häufig besucht. Diese Männer gehörten zu Clintons engsten Beratern beim Gipfeltreffen in Camp David im Juli 2000. Obwohl alle drei den Osloer Friedensprozess unterstützten und die Gründung eines palästinensischen Staates befürworteten, taten sie dies nur innerhalb der Grenzen dessen, was für Israel akzeptabel wäre. Die amerikanische Delegation orientierte sich an Ehud Barak, stimmte ihre Verhandlungspositionen im Voraus mit Israel ab und unterbreitete keine eigenständigen Vorschläge. Es überrascht nicht, dass palästinensische Unterhändler sich darüber beschwerten, sie würden „mit zwei israelischen Teams verhandeln – einem mit israelischer Flagge und einem mit amerikanischer Flagge“.

Noch ausgeprägter ist diese Situation in der Bush-Regierung, zu deren Reihen so glühende Verfechter der israelischen Sache wie Elliot Abrams, John Bolton, Douglas Feith, I. Lewis („Scooter“) Libby, Richard Perle, Paul Wolfowitz und David Wurmser gehörten. Wie wir sehen werden, haben diese Beamten konsequent auf eine Politik gedrängt, die von Israel bevorzugt und von Organisationen der Lobby unterstützt wird.

Die Lobby will natürlich keine offene Debatte, denn das könnte die Amerikaner dazu bringen, das Ausmaß ihrer Unterstützung in Frage zu stellen. Dementsprechend arbeiten pro-israelische Organisationen hart daran, die Institutionen zu beeinflussen, die die öffentliche Meinung am stärksten prägen.

Die Sichtweise der Lobby setzt sich in den Mainstream-Medien durch: Die Debatte unter Nahost-Experten, schreibt der Journalist Eric Alterman, werde „von Menschen dominiert, die sich nicht vorstellen können, Israel zu kritisieren“. Er listet 61 „Kolumnisten und Kommentatoren auf, auf deren reflexartige und bedingungslose Unterstützung für Israel man sich verlassen kann“. Umgekehrt fand er nur fünf Experten, die israelische Handlungen konsequent kritisieren oder arabische Positionen befürworten. Zeitungen veröffentlichen gelegentlich Gastkommentare, die die israelische Politik in Frage stellen, doch das Meinungsbild tendiert eindeutig zur anderen Seite. Es ist schwer vorstellbar, dass ein Mainstream-Medium in den Vereinigten Staaten einen Artikel wie diesen veröffentlichen würde.

„Shamir, Sharon, Bibi – was auch immer diese Typen wollen, ist für mich im Grunde in Ordnung“, bemerkte Robert Bartley einmal. Es überrascht nicht, dass seine Zeitung, das Wall Street Journal, zusammen mit anderen prominenten Blättern wie der Chicago Sun-Times und der Washington Times

regelmäßig Leitartikel veröffentlicht, die Israel nachdrücklich unterstützen. Zeitschriften wie Commentary, The New Republic und The Weekly Standard verteidigen Israel bei jeder Gelegenheit.

Redaktionelle Voreingenommenheit findet sich auch in Zeitungen wie der New York Times, die zwar gelegentlich die israelische Politik kritisiert und manchmal einräumt, dass die Palästinenser berechnete Beschwerden haben, aber nicht ausgewogen berichtet. In seinen Memoiren räumt der ehemalige Chefredakteur der Zeitung, Max Frankel, ein, welchen Einfluss seine eigene Haltung auf seine redaktionellen Entscheidungen hatte: „Ich war Israel viel tiefer verbunden, als ich zuzugeben wagte ... Gestärkt durch mein Wissen über Israel und meine Freundschaften dort, verfasste ich selbst die meisten unserer Nahost-Kommentare. Wie mehr arabische als jüdische Leser erkannten, schrieb ich sie aus einer pro-israelischen Perspektive.“

Nachrichtenberichte sind ausgewogener, zum Teil weil Reporter sich um Objektivität bemühen, aber auch weil es schwierig ist, über Ereignisse in den besetzten Gebieten zu berichten, ohne Israels Handlungen vor Ort zu erwähnen. Um ungünstige Berichterstattung zu verhindern, organisiert die Lobby Briefkampagnen, Demonstrationen und Boykotte von Nachrichtenmedien, deren Inhalte sie als antiisraelisch ansieht. Ein CNN-Manager hat berichtet, dass er manchmal 6000 E-Mails an einem einzigen Tag erhält, in denen sich jemand über einen Beitrag beschwert. Im Mai 2003 organisierte das pro-israelische „Committee for Accurate Middle East Reporting in America“ (CAMERA) Demonstrationen vor den Sendern des National Public Radio (NPR) in 33 Städten; es versuchte zudem, Spender davon zu überzeugen, dem NPR die Unterstützung zu entziehen, bis dessen Berichterstattung über den Nahen Osten israelfreundlicher werde. Der NPR-Sender in Boston, WBUR, verlor Berichten zufolge infolge dieser Bemühungen mehr als 1 Million Dollar an Spenden. Weiterer Druck auf NPR kam von Israels Freunden im Kongress, die eine interne Prüfung der Berichterstattung über den Nahen Osten sowie eine stärkere Aufsicht forderten.

Die israelische Seite dominiert auch die Thinktanks, die eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte sowie der tatsächlichen Politik spielen. Die Lobby gründete 1985 ihren eigenen Think Tank, als Martin Indyk bei der Gründung von WINEP half. Obwohl WINEP seine Verbindungen zu Israel herunterspielt und stattdessen behauptet, eine „ausgewogene und realistische“ Perspektive auf Nahost-Fragen zu bieten, wird es von Personen finanziert und geleitet, die sich intensiv für die Förderung der israelischen Agenda einsetzen.

Der Einfluss der Lobby reicht jedoch weit über das WINEP hinaus. In den letzten 25 Jahren haben pro-israelische Kräfte eine beherrschende Stellung am American Enterprise Institute, an der Brookings Institution, am Center for Security Policy, am Foreign Policy Research Institute, an der Heritage Foundation, am Hudson Institute, am Institute for Foreign Policy Analysis und am Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA) aufgebaut. Diese Thinktanks beschäftigen, wenn überhaupt, nur wenige Kritiker der US-Unterstützung für Israel.

Nehmen wir die Brookings Institution. Viele Jahre lang war ihr leitender Nahost-Experte William Quandt, ein ehemaliger Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) mit einem wohlverdienten Ruf für Unparteilichkeit. Heute erfolgt die Berichterstattung der Brookings Institution über das Saban Center for Middle East Studies, das von Haim Saban, einem israelisch-amerikanischen Geschäftsmann und glühenden Zionisten, finanziert wird. Der Direktor des Zentrums ist der allgegenwärtige Martin Indyk. Was einst ein überparteiliches Politikinstitut war, ist nun Teil des pro-israelischen Chors.

Die größten Schwierigkeiten hatte die Lobby dabei, die Debatte an den Universitäten zu unterdrücken. In den 1990er Jahren, als der Osloer Friedensprozess im Gange war, gab es nur milde Kritik an Israel, doch diese wurde mit dem Scheitern von Oslo und Sharons Machtübernahme stärker und wurde ziemlich lautstark, als die IDF im Frühjahr 2002 das Westjordanland erneut besetzte und massive Gewalt einsetzte, um die zweite Intifada niederzuschlagen.

Die Lobby handelte sofort, um „die Campusse zurückzuerobern“. Neue Gruppen entstanden, wie die „Caravan for Democracy“, die israelische Redner an US-Hochschulen brachte. Etablierte Gruppen wie der „Jewish Council for Public Affairs“ und „Hillel“ schlossen sich an, und eine neue Gruppe, die „Israel on Campus Coalition“, wurde gegründet, um die vielen Organisationen zu koordinieren, die

nun versuchten, Israels Sache zu vertreten. Schließlich verdreifachte AIPAC seine Ausgaben für Programme zur Überwachung von Universitätsaktivitäten und zur Ausbildung junger Fürsprecher, um „die Zahl der auf dem Campus engagierten Studenten ... in der nationalen pro-israelischen Bewegung erheblich zu erhöhen“.

Die Lobby überwacht auch, was Professoren schreiben und lehren. Im September 2002 richteten Martin Kramer und Daniel Pipes, zwei leidenschaftlich pro-israelische Neokonservative, eine Website (Campus Watch) ein, auf der Dossiers über verdächtige Akademiker veröffentlicht wurden und Studenten dazu ermutigt wurden, Äußerungen oder Verhaltensweisen zu melden, die als israelfeindlich angesehen werden könnten. Dieser offensichtliche Versuch, Wissenschaftler auf eine schwarze Liste zu setzen und einzuschüchtern, löste heftige Reaktionen aus, und Pipes und Kramer entfernten die Dossiers später, doch die Website fordert Studenten nach wie vor auf, „anti-israelische“ Aktivitäten zu melden.

Gruppen innerhalb der Lobby übten Druck auf bestimmte Akademiker und Universitäten aus. Die Columbia University war ein häufiges Ziel, zweifellos wegen der Anwesenheit des verstorbenen Edward Said in ihrer Fakultät. „Man kann sicher sein, dass jede öffentliche Äußerung des herausragenden Literaturkritikers Edward Said zur Unterstützung des palästinensischen Volkes Hunderte von E-Mails, Briefen und journalistischen Berichten hervorrufen wird, die uns auffordern, Said anzuprangern und ihn entweder zu sanktionieren oder zu entlassen“, berichtete Jonathan Cole, ihr ehemaliger Prorektor. Als die Columbia University den Historiker Rashid Khalidi aus Chicago rekrutierte, geschah dasselbe. Mit diesem Problem sah sich auch Princeton einige Jahre später konfrontiert, als man erwog, Khalidi von der Columbia University abzuwerben.

Ein klassisches Beispiel für die Bemühungen, die akademische Welt zu kontrollieren, ereignete sich Ende 2004, als das David Project einen Film produzierte, in dem behauptet wurde, dass Fakultätsmitglieder des Nahoststudienprogramms der Columbia University antisemitisch seien und jüdische Studenten einschüchterten, die sich für Israel einsetzten. Columbia wurde heftig kritisiert, doch ein Fakultätsausschuss, der mit der Untersuchung der Vorwürfe beauftragt war, fand keine Beweise für Antisemitismus, und der einzige möglicherweise erwähnenswerte Vorfall war, dass ein Professor auf die Frage eines Studenten „erhitzte Reaktionen“ gezeigt hatte. Der Ausschuss stellte zudem fest, dass die betreffenden Wissenschaftler selbst Ziel einer offenen Einschüchterungskampagne gewesen waren.

Der vielleicht beunruhigendste Aspekt an all dem sind die Bemühungen jüdischer Gruppen, den Kongress dazu zu drängen, Mechanismen zur Überwachung der Äußerungen von Professoren einzuführen. Sollte dies gelingen, würden Universitäten, denen eine antiisraelische Voreingenommenheit attestiert wird, keine Bundesmittel mehr erhalten. Ihre Bemühungen waren bislang noch nicht erfolgreich, doch sie sind ein Hinweis darauf, welche Bedeutung der Kontrolle der Debatte beigemessen wird.

Eine Reihe jüdischer Philanthropen hat in jüngster Zeit Programme für Israelstudien ins Leben gerufen (zusätzlich zu den rund 130 bereits bestehenden Programmen für Jüdische Studien), um die Zahl der Israel-freundlichen Wissenschaftler an den Hochschulen zu erhöhen. Im Mai 2003 kündigte die NYU die Gründung des Taub Center for Israel Studies an; ähnliche Programme wurden an den Universitäten Berkeley, Brandeis und Emory eingerichtet. Die akademischen Verantwortlichen betonten deren pädagogischen Wert, doch in Wahrheit dienen sie größtenteils dazu, das Image Israels zu fördern. Fred Laffer, der Leiter der Taub Foundation, macht deutlich, dass seine Stiftung das Zentrum an der NYU finanziert hat, um der „arabischen [sic] Sichtweise“ entgegenzuwirken, die seiner Meinung nach in den Nahost-Studiengängen der NYU vorherrscht.

Keine Diskussion über die Lobby wäre vollständig ohne eine Untersuchung einer ihrer mächtigsten Waffen: den Vorwurf des Antisemitismus. Wer Israels Handlungen kritisiert oder argumentiert, dass pro-israelische Gruppen erheblichen Einfluss auf die US-Nahostpolitik haben – ein Einfluss, den AIPAC feiert –, läuft große Gefahr, als Antisemit abgestempelt zu werden. Tatsächlich läuft jeder Gefahr, des Antisemitismus bezichtigt zu werden, der auch nur behauptet, es gebe eine Israel-Lobby, obwohl die israelischen Medien von Amerikas „jüdischer Lobby“ sprechen. Mit anderen Worten: Die Lobby

rühmt sich zunächst ihres Einflusses und greift dann jeden an, der darauf aufmerksam macht. Das ist eine sehr wirksame Taktik: Niemand möchte des Antisemitismus bezichtigt werden.

Die Europäer waren eher bereit als die Amerikaner, die israelische Politik zu kritisieren, was manche auf ein Wiederaufleben des Antisemitismus in Europa zurückführen. Wir „kommen an einen Punkt“, sagte der US-Botschafter bei der EU Anfang 2004, „an dem es so schlimm ist wie in den 1930er Jahren“. Antisemitismus zu messen ist eine komplizierte Angelegenheit, doch die Beweislage deutet in die entgegengesetzte Richtung. Im Frühjahr 2004, als in Amerika Vorwürfe des europäischen Antisemitismus die Runde machten, ergaben separate Umfragen zur europäischen öffentlichen Meinung, die von der in den USA ansässigen Anti-Defamation League und dem Pew Research Center for the People and the Press durchgeführt wurden, dass dieser tatsächlich rückläufig war. In den 1930er Jahren hingegen war Antisemitismus nicht nur unter Europäern aller Schichten weit verbreitet, sondern galt auch als durchaus akzeptabel.

Die Lobby und ihre Freunde stellen Frankreich oft als das antisemitischste Land Europas dar. Doch 2003 erklärte der Vorsitzende der französischen jüdischen Gemeinde, dass „Frankreich nicht antisemitischer ist als Amerika“. Laut einem kürzlich erschienenen Artikel in Ha'aretz hat die französische Polizei gemeldet, dass antisemitische Vorfälle im Jahr 2005 um fast 50 Prozent zurückgegangen sind; und das, obwohl Frankreich die größte muslimische Bevölkerung aller europäischen Länder hat. Als schließlich letzten Monat ein französischer Jude in Paris von einer muslimischen Bande ermordet wurde, strömten Zehntausende Demonstranten auf die Straßen, um den Antisemitismus zu verurteilen. Jacques Chirac und Dominique de Villepin nahmen beide an der Gedenkfeier für das Opfer teil, um ihre Solidarität zu bekunden.

Niemand würde leugnen, dass es unter europäischen Muslimen Antisemitismus gibt, der zum Teil durch Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern provoziert wird und zum Teil schlichtweg rassistisch ist. Doch dies ist eine separate Angelegenheit, die kaum Einfluss darauf hat, ob das heutige Europa dem Europa der 1930er Jahre gleicht. Ebenso wenig würde jemand leugnen, dass es in Europa (wie auch in den Vereinigten Staaten) noch immer einige virulente einheimische Antisemiten gibt, doch ihre Zahl ist gering und ihre Ansichten werden von der überwiegenden Mehrheit der Europäer abgelehnt.

Wenn Israels Befürworter dazu gedrängt werden, über bloße Behauptungen hinauszugehen, behaupten sie, es gebe einen „neuen Antisemitismus“, den sie mit Kritik an Israel gleichsetzen. Mit anderen Worten: Wer die israelische Politik kritisiert, ist per Definition ein Antisemit. Als die Synode der Church of England kürzlich beschloss, sich von Caterpillar Inc. zurückzuziehen, mit der Begründung, dass das Unternehmen die Bulldozer herstellt, mit denen die Israelis palästinensische Häuser abreißen, beklagte der Oberrabbiner, dies werde „die schlimmsten Auswirkungen auf ... jüdisch-christlichen Beziehungen in Großbritannien“, während Rabbi Tony Bayfield, der Vorsitzende der Reformbewegung, sagte: „Es gibt ein klares Problem mit antizionistischen – an Antisemitismus grenzenden – Einstellungen, die an der Basis und sogar in den mittleren Reihen der Kirche aufkommen.“ Doch die Kirche hatte sich lediglich schuldig gemacht, gegen die Politik der israelischen Regierung zu protestieren.

Kritikern wird zudem vorgeworfen, Israel an unfairen Maßstäben zu messen oder sein Existenzrecht in Frage zu stellen. Doch auch dies sind falsche Anschuldigungen. Westliche Kritiker Israels stellen sein Existenzrecht so gut wie nie in Frage: Sie kritisieren sein Verhalten gegenüber den Palästinensern, ebenso wie die Israelis selbst. Auch wird Israel nicht unfair beurteilt. Die Behandlung der Palästinenser durch Israel ruft Kritik hervor, weil sie im Widerspruch zu allgemein anerkannten Menschenrechtsvorstellungen, zum Völkerrecht und zum Prinzip der nationalen Selbstbestimmung steht. Und es ist kaum der einzige Staat, der aus diesen Gründen scharfer Kritik ausgesetzt war.

Im Herbst 2001 und insbesondere im Frühjahr 2002 versuchte die Bush-Regierung, die antiamerikanische Stimmung in der arabischen Welt abzubauen und die Unterstützung für terroristische Gruppen wie Al-Qaida zu untergraben, indem sie Israels Expansionspolitik in den besetzten Gebieten stoppte und sich für die Gründung eines palästinensischen Staates einsetzte. Bush standen dabei sehr gewichtige Überzeugungsmittel zur Verfügung. Er hätte damit drohen

können, die wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung für Israel zu reduzieren, und das amerikanische Volk hätte ihn mit ziemlicher Sicherheit dabei unterstützt. Eine Umfrage vom Mai 2003 ergab, dass mehr als 60 Prozent der Amerikaner bereit waren, Hilfe zurückzuhalten, falls Israel sich dem Druck der USA zur Beilegung des Konflikts widersetzen sollte, und dieser Anteil stieg unter den „politisch Aktiven“ auf 70 Prozent. Tatsächlich sagten 73 Prozent, dass die Vereinigten Staaten keine der beiden Seiten bevorzugen sollten.

Dennoch gelang es der Regierung nicht, die israelische Politik zu ändern, und Washington unterstützte sie schließlich. Im Laufe der Zeit übernahm die Regierung auch Israels eigene Rechtfertigungen für dessen Position, sodass die US-Rhetorik begann, die israelische Rhetorik nachzuahmen. Im Februar 2003 fasste eine Schlagzeile der Washington Post die Situation zusammen: „Bush und Sharon in der Nahostpolitik nahezu identisch.“ Der Hauptgrund für diesen Kurswechsel war die Lobby.

Die Geschichte beginnt Ende September 2001, als Bush begann, Sharon zu drängen, in den besetzten Gebieten Zurückhaltung zu üben. Er drängte ihn auch, Israels Außenminister Shimon Peres ein Treffen mit Yasser Arafat zu gestatten, obwohl er (Bush) Arafats Führung äußerst kritisch gegenüberstand. Bush erklärte sogar öffentlich, dass er die Gründung eines palästinensischen Staates unterstütze. Alarmiert warf Sharon ihm vor, er versuche, „die Araber auf unsere Kosten zu beschwichtigen“, und warnte, Israel werde „nicht die Tschechoslowakei sein“.

Bush soll wütend darüber gewesen sein, mit Chamberlain verglichen zu werden, und der Pressesprecher des Weißen Hauses bezeichnete Sharons Äußerungen als „inakzeptabel“. Sharon entschuldigte sich pro forma, schloss sich jedoch schnell mit der Lobby zusammen, um die Regierung und das amerikanische Volk davon zu überzeugen, dass die Vereinigten Staaten und Israel einer gemeinsamen Bedrohung durch den Terrorismus ausgesetzt seien. Israelische Regierungsvertreter und Lobbyvertreter beharrten darauf, dass es keinen wirklichen Unterschied zwischen Arafat und Osama bin Laden gebe: Die Vereinigten Staaten und Israel, so sagten sie, sollten den gewählten Führer der Palästinenser isolieren und nichts mit ihm zu tun haben.

Die Lobby machte sich auch im Kongress an die Arbeit. Am 16. November schickten 89 Senatoren Bush einen Brief, in dem sie ihn dafür lobten, dass er sich geweigert hatte, sich mit Arafat zu treffen, aber auch forderten, dass die USA Israel nicht daran hindern sollten, Vergeltungsmaßnahmen gegen die Palästinenser zu ergreifen; die Regierung, so schrieben sie, müsse öffentlich erklären, dass sie hinter Israel stehe. Laut der New York Times ging der Brief auf ein Treffen zwei Wochen zuvor zwischen „Führern der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft und wichtigen Senatoren“ zurück, wobei hinzugefügt wurde, dass AIPAC „besonders aktiv bei der Beratung zu dem Brief“ gewesen sei.

Bis Ende November hatten sich die Beziehungen zwischen Tel Aviv und Washington erheblich verbessert. Dies war zum Teil den Bemühungen der Lobby zu verdanken, aber auch dem anfänglichen Sieg der USA in Afghanistan, der den vermeintlichen Bedarf an arabischer Unterstützung im Umgang mit Al-Qaida verringerte. Sharon besuchte Anfang Dezember das Weiße Haus und hatte ein freundschaftliches Treffen mit Bush.

Im April 2002 kam es erneut zu Unruhen, nachdem die IDF die Operation „Defensive Shield“ gestartet und die Kontrolle über praktisch alle wichtigen palästinensischen Gebiete im Westjordanland wiedererlangt hatte. Bush wusste, dass Israels Vorgehen dem Ansehen Amerikas in der islamischen Welt schaden und den Krieg gegen den Terrorismus untergraben würde, weshalb er von Sharon forderte, „die Einfälle zu stoppen und mit dem Rückzug zu beginnen“. Zwei Tage später bekräftigte er diese Botschaft und erklärte, er wolle, dass Israel sich „unverzüglich zurückzieht“. Am 7. April erklärte Condoleezza Rice, damals Bushs nationale Sicherheitsberaterin, gegenüber Reportern: „Ohne Verzögerung‘ bedeutet ohne Verzögerung. Es bedeutet jetzt.“ Am selben Tag brach Colin Powell in den Nahen Osten auf, um alle Seiten davon zu überzeugen, die Kämpfe einzustellen und Verhandlungen aufzunehmen.

Israel und die Lobby schritten zur Tat. Pro-israelische Beamte im Büro des Vizepräsidenten und im Pentagon sowie neokonservative Kommentatoren wie Robert Kagan und William Kristol setzten

Powell unter Druck. Sie warfen ihm sogar vor, „die Unterscheidung zwischen Terroristen und denen, die Terroristen bekämpfen, praktisch ausgelöscht“ zu haben. Bush selbst wurde von jüdischen Führern und christlichen Evangelikalen bedrängt. Tom DeLay und Dick Armey sprachen sich besonders deutlich für die Notwendigkeit aus, Israel zu unterstützen, und DeLay sowie der Minderheitsführer im Senat, Trent Lott, besuchten das Weiße Haus und warnten Bush, sich zurückzuziehen.

Das erste Anzeichen dafür, dass Bush nachgab, zeigte sich am 11. April – eine Woche, nachdem er Sharon aufgefordert hatte, seine Truppen abzuziehen –, als der Pressesprecher des Weißen Hauses erklärte, der Präsident halte Sharon für „einen Mann des Friedens“. Bush wiederholte diese Aussage öffentlich nach Powells Rückkehr von seiner erfolglosen Mission und erklärte gegenüber Reportern, Sharon habe zufriedenstellend auf seine Forderung nach einem vollständigen und sofortigen Rückzug reagiert. Sharon hatte nichts dergleichen getan, doch Bush war nicht mehr bereit, daraus eine große Sache zu machen.

Unterdessen bewegte sich auch der Kongress darauf zu, Sharon zu unterstützen. Am 2. Mai setzte er sich über die Einwände der Regierung hinweg und verabschiedete zwei Resolutionen, in denen die Unterstützung für Israel bekräftigt wurde. (Die Abstimmung im Senat fiel mit 94 zu 2 aus; die Version des Repräsentantenhauses wurde mit 352 zu 21 Stimmen angenommen.) Beide Resolutionen besagten, dass die Vereinigten Staaten „solidarisch mit Israel stehen“ und dass die beiden Länder, um die Resolution des Repräsentantenhauses zu zitieren, „derzeit in einem gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus stehen“. Die Fassung des Repräsentantenhauses verurteilte zudem „die anhaltende Unterstützung und Koordinierung des Terrors durch Yasser Arafat“, der als zentraler Teil des Terrorismusproblems dargestellt wurde. Beide Resolutionen wurden mit Hilfe der Lobby ausgearbeitet. Einige Tage später erklärte eine parteiübergreifende Kongressdelegation auf einer Erkundungsmission in Israel, Sharon solle dem Druck der USA widerstehen, mit Arafat zu verhandeln. Am 9. Mai trat ein Unterausschuss des Repräsentantenhauses für Haushaltsfragen zusammen, um über die Gewährung von zusätzlichen 200 Millionen Dollar an Israel zur Terrorismusbekämpfung zu beraten. Powell lehnte das Paket ab, doch die Lobby unterstützte es, und Powell unterlag.

Kurz gesagt: Sharon und die Lobby nahmen es mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten auf und triumphierten. Hemi Shalev, ein Journalist der israelischen Zeitung Ma'ariv, berichtete, dass Sharons Berater „ihre Genugtuung angesichts von Powells Scheitern nicht verbergen konnten. Sharon habe Präsident Bush direkt in die Augen gesehen, prahlten sie, und der Präsident habe zuerst geblinzelt.“ Doch es waren Israels Fürsprecher in den Vereinigten Staaten, nicht Sharon oder Israel, die die entscheidende Rolle bei der Niederlage von Bush spielten.

Die Situation hat sich seitdem kaum verändert. Die Bush-Regierung weigerte sich, jemals wieder mit Arafat zu verhandeln. Nach dessen Tod nahm sie den neuen palästinensischen Führer Mahmoud Abbas auf, hat aber wenig getan, um ihm zu helfen. Sharon entwickelte seinen Plan weiter, den Palästinensern eine einseitige Lösung aufzuzwingen, basierend auf einem „Rückzug“ aus dem Gazastreifen in Verbindung mit einer fortgesetzten Expansion im Westjordanland. Indem er sich weigerte, mit Abbas zu verhandeln, und es ihm unmöglich machte, dem palästinensischen Volk greifbare Vorteile zu verschaffen, trug Sharons Strategie direkt zum Wahlsieg der Hamas bei. Mit der Hamas an der Macht hat Israel jedoch eine weitere Ausrede, nicht zu verhandeln. Die US-Regierung hat Sharons Vorgehen (und das seines Nachfolgers Ehud Olmert) unterstützt. Bush hat sogar einseitige israelische Annexionen in den besetzten Gebieten gebilligt und damit die erklärte Politik aller Präsidenten seit Lyndon Johnson umgekehrt.

US-Beamte haben einige israelische Maßnahmen milde kritisiert, aber wenig unternommen, um zur Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates beizutragen. Sharon hat Bush „um den kleinen Finger gewickelt“, sagte der ehemalige nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft im Oktober 2004. Sollte Bush versuchen, die USA von Israel zu distanzieren oder gar israelische Maßnahmen in den besetzten Gebieten zu kritisieren, wird er mit Sicherheit dem Zorn der Lobby und ihrer Anhänger im Kongress ausgesetzt sein. Die demokratischen Präsidentschaftskandidaten wissen, dass dies eine Tatsache ist – weshalb John Kerry 2004 große Anstrengungen unternahm, um seine

uneingeschränkte Unterstützung für Israel zu demonstrieren, und warum Hillary Clinton heute dasselbe tut.

Die Aufrechterhaltung der US-Unterstützung für Israels Politik gegenüber den Palästinensern ist für die Lobby von entscheidender Bedeutung, doch ihre Ambitionen gehen noch weiter. Sie will auch, dass Amerika Israel dabei hilft, die dominierende Regionalmacht zu bleiben. Die israelische Regierung und pro-israelische Gruppen in den Vereinigten Staaten haben gemeinsam daran gearbeitet, die Politik der Regierung gegenüber dem Irak, Syrien und dem Iran sowie ihren großen Plan zur Neuordnung des Nahen Ostens zu gestalten.

Der Druck seitens Israels und der Lobby war nicht der einzige Faktor hinter der Entscheidung, den Irak im März 2003 anzugreifen, aber er war entscheidend. Einige Amerikaner glauben, dass dies ein Krieg um Öl war, doch es gibt kaum direkte Beweise, die diese Behauptung stützen. Stattdessen war der Krieg zu einem großen Teil durch den Wunsch motiviert, Israel mehr Sicherheit zu verschaffen. Laut Philip Zelikow, einem ehemaligen Mitglied des Foreign Intelligence Advisory Board des Präsidenten, dem Exekutivdirektor der 9/11-Kommission und heutigen Berater von Condoleezza Rice, stellte die „wahre Bedrohung“ durch den Irak keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar. Die „unausgesprochene Bedrohung“ sei die „Bedrohung Israels“, erklärte Zelikow im September 2002 vor einem Publikum an der University of Virginia. „Die amerikanische Regierung“, fügte er hinzu, „will rhetorisch nicht zu sehr darauf pochen, weil es sich nicht gut verkaufen lässt.“

Am 16. August 2002, elf Tage bevor Dick Cheney mit einer kompromisslosen Rede vor den „Veterans of Foreign Wars“ den Startschuss für die Kriegskampagne gab, berichtete die „Washington Post“, dass „Israel US-Beamte dazu drängt, einen Militärschlag gegen Saddam Hussein im Irak nicht aufzuschieben“. Zu diesem Zeitpunkt hatte die strategische Koordination zwischen Israel und den USA laut Sharon „beispiellose Ausmaße“ erreicht, und israelische Geheimdienstmitarbeiter hatten Washington eine Reihe alarmierender Berichte über Iraks Massenvernichtungswaffenprogramme vorgelegt. Wie ein pensionierter israelischer General später formulierte: „Der israelische Geheimdienst war ein vollwertiger Partner bei dem Bild, das der amerikanische und der britische Geheimdienst hinsichtlich der nicht-konventionellen Fähigkeiten des Irak zeichnen.“

Die israelische Führung war zutiefst beunruhigt, als Bush beschloss, die Genehmigung des Sicherheitsrats für einen Krieg einzuholen, und noch besorgter, als Saddam zustimmte, die UN-Inspektoren wieder ins Land zu lassen. „Die Kampagne gegen Saddam Hussein ist ein Muss“, erklärte Shimon Peres im September 2002 gegenüber Reportern. „Inspektionen und Inspektoren sind gut für anständige Menschen, aber unehrliche Menschen können Inspektionen und Inspektoren leicht überwinden.“

Gleichzeitig schrieb Ehud Barak in einem Gastbeitrag für die New York Times, dass „das größte Risiko derzeit in der Untätigkeit liegt“. Sein Vorgänger als Ministerpräsident, Binyamin Netanyahu, veröffentlichte einen ähnlichen Artikel im Wall Street Journal mit dem Titel: „Argumente für den Sturz Saddams“. „Heute reicht nichts weniger als die Zerschlagung seines Regimes“, erklärte er. „Ich glaube, ich spreche für die überwältigende Mehrheit der Israelis, wenn ich einen Präventivschlag gegen Saddams Regime befürworte.“ Oder wie Ha’aretz im Februar 2003 berichtete: „Die militärische und politische Führung sehnt sich nach einem Krieg im Irak.“

Wie Netanjahu andeutete, beschränkte sich der Wunsch nach Krieg jedoch nicht auf Israels Führung. Abgesehen von Kuwait, das Saddam 1990 überfallen hatte, war Israel das einzige Land der Welt, in dem sowohl Politiker als auch die Öffentlichkeit den Krieg befürworteten. Wie der Journalist Gideon Levy damals feststellte: „Israel ist das einzige Land im Westen, dessen Führung den Krieg vorbehaltlos unterstützt und in dem keine abweichende Meinung geäußert wird.“ Tatsächlich waren die Israelis so kriegslustig, dass ihre Verbündeten in Amerika sie aufforderten, ihre Rhetorik zu mäßigen, da es sonst so aussehen würde, als würde der Krieg im Namen Israels geführt.

Innerhalb der USA war die treibende Kraft hinter dem Krieg eine kleine Gruppe von Neokonservativen, von denen viele Verbindungen zum Likud hatten. Doch auch die Führer der wichtigsten Organisationen der Lobby schlossen sich der Kampagne an. „Als Präsident Bush

versuchte, den ... Krieg im Irak zu verkaufen“, berichtete der Forward, „schlossen sich Amerikas wichtigste jüdische Organisationen geschlossen zu seiner Verteidigung zusammen. In einer Erklärung nach der anderen betonten die Führer der Gemeinschaft die Notwendigkeit, die Welt von Saddam Hussein und seinen Massenvernichtungswaffen zu befreien.“ Der Leitartikel fährt fort: „Die Sorge um Israels Sicherheit floss zu Recht in die Überlegungen der wichtigsten jüdischen Gruppen ein.“

Obwohl Neokonservative und andere Führer der Lobby darauf drängten, in den Irak einzumarschieren, tat dies die breitere amerikanisch-jüdische Gemeinschaft nicht. Kurz nach Kriegsbeginn berichtete Samuel Freedman, dass „eine Zusammenstellung landesweiter Meinungsumfragen des Pew Research Center zeigt, dass Juden den Irakkrieg weniger unterstützen als die Gesamtbevölkerung, nämlich 52 Prozent gegenüber 62 Prozent.“ Es wäre eindeutig falsch, den Krieg im Irak dem „jüdischen Einfluss“ anzulasten. Vielmehr war er zum großen Teil auf den Einfluss der Lobby zurückzuführen, insbesondere auf den der Neokonservativen in ihren Reihen.

Die Neokonservativen waren bereits entschlossen, Saddam zu stürzen, noch bevor Bush Präsident wurde. Sie sorgten Anfang 1998 für Aufsehen, als sie zwei offene Briefe an Clinton veröffentlichten, in denen sie Saddams Entmachtung forderten. Die Unterzeichner, von denen viele enge Verbindungen zu pro-israelischen Gruppen wie JINSA oder WINEP hatten und zu denen Elliot Abrams, John Bolton, Douglas Feith, William Kristol, Bernard Lewis, Donald Rumsfeld, Richard Perle und Paul Wolfowitz gehörten, hatten kaum Schwierigkeiten, die Clinton-Regierung davon zu überzeugen, das allgemeine Ziel der Absetzung Saddams zu übernehmen. Doch es gelang ihnen nicht, einen Krieg zur Erreichung dieses Ziels durchzusetzen. Auch in den ersten Monaten der Bush-Regierung konnten sie keine Begeisterung für eine Invasion des Irak wecken. Sie brauchten Hilfe, um ihr Ziel zu erreichen. Diese Hilfe kam mit dem 11. September. Konkret veranlassten die Ereignisse dieses Tages Bush und Cheney dazu, ihren Kurs zu ändern und zu starken Befürwortern eines Präventivkrieges zu werden.

Bei einem entscheidenden Treffen mit Bush in Camp David am 15. September plädierte Wolfowitz dafür, den Irak vor Afghanistan anzugreifen, obwohl es keine Beweise dafür gab, dass Saddam an den Anschlägen auf die USA beteiligt war, und bekannt war, dass sich Bin Laden in Afghanistan aufhielt. Bush lehnte seinen Rat ab und entschied sich stattdessen für Afghanistan, doch ein Krieg gegen den Irak wurde nun als ernsthafte Möglichkeit angesehen, und am 21. November beauftragte der Präsident die Militärplaner mit der Ausarbeitung konkreter Pläne für eine Invasion.

Andere Neokonservative waren unterdessen in den Korridoren der Macht am Werk. Wir kennen noch nicht die ganze Geschichte, aber Wissenschaftler wie Bernard Lewis von der Princeton University und Fouad Ajami von der Johns Hopkins University sollen Berichten zufolge eine wichtige Rolle dabei gespielt haben, Cheney davon zu überzeugen, dass Krieg die beste Option sei, obwohl auch die Neokonservativen in seinem Stab – Eric Edelman, John Hannah und Scooter Libby, Cheneys Stabschef und einer der mächtigsten Personen in der Regierung – ihren Teil dazu beitrugen. Anfang 2002 hatte Cheney Bush überzeugt; und mit Bush und Cheney an Bord war der Krieg unvermeidlich.

Außerhalb der Regierung verloren neokonservative Kommentatoren keine Zeit, um zu argumentieren, dass eine Invasion des Irak für den Sieg im Krieg gegen den Terrorismus unerlässlich sei. Ihre Bemühungen zielten zum Teil darauf ab, den Druck auf Bush aufrechtzuerhalten, und zum Teil darauf, den Widerstand gegen den Krieg innerhalb und außerhalb der Regierung zu überwinden. Am 20. September veröffentlichte eine Gruppe prominenter Neokonservativer und ihrer Verbündeten einen weiteren offenen Brief: „Selbst wenn es keine Beweise gibt, die den Irak direkt mit dem Anschlag in Verbindung bringen“, hieß es darin, „muss jede Strategie, die auf die Ausrottung des Terrorismus und seiner Förderer abzielt, entschlossene Anstrengungen beinhalten, Saddam Hussein in Irak von der Macht zu entfernen.“ Der Brief erinnerte Bush zudem daran, dass „Israel Amerikas treuester Verbündeter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus war und bleibt.“ In der Ausgabe des Weekly Standard vom 1. Oktober forderten Robert Kagan und William Kristol einen Regimewechsel im Irak, sobald die Taliban besiegt seien. Am selben Tag argumentierte Charles Krauthammer in der Washington Post, dass nach dem Ende des US-Einsatzes in Afghanistan Syrien als Nächstes an der Reihe sein sollte, gefolgt von Iran und Irak: „Der Krieg gegen den Terrorismus wird in Bagdad enden“, wenn wir „das gefährlichste Terrorregime der Welt“ besiegt haben.

Dies war der Beginn einer unerbittlichen PR-Kampagne, um Unterstützung für eine Invasion des Irak zu gewinnen, wobei ein entscheidender Teil darin bestand, Geheimdienstinformationen so zu manipulieren, dass es so aussah, als stelle Saddam eine unmittelbare Bedrohung dar. So setzte Libby beispielsweise CIA-Analysten unter Druck, Beweise zu finden, die für einen Krieg sprachen, und half bei der Vorbereitung von Colin Powells inzwischen diskreditiertem Bericht an den UN-Sicherheitsrat. Innerhalb des Pentagons wurde die Policy Counterterrorism Evaluation Group damit beauftragt, Verbindungen zwischen Al-Qaida und dem Irak zu finden, die die Geheimdienste angeblich übersehen hatten. Ihre beiden wichtigsten Mitglieder waren David Wurmser, ein eingefleischter Neokonservativer, und Michael Maloof, ein libanesisch-amerikanischer Staatsbürger mit engen Verbindungen zu Perle. Eine weitere Gruppe im Pentagon, das sogenannte „Office of Special Plans“, erhielt den Auftrag, Beweise aufzudecken, die dazu dienen konnten, den Krieg zu rechtfertigen. Sie wurde von Abram Shulsky geleitet, einem Neokonservativen mit langjährigen Verbindungen zu Wolfowitz, und zu ihren Reihen gehörten Rekruten aus pro-israelischen Thinktanks. Beide Organisationen wurden nach dem 11. September gegründet und unterstanden direkt Douglas Feith.

Wie praktisch alle Neokonservativen ist Feith Israel zutiefst verbunden; zudem unterhält er langjährige Verbindungen zum Likud. In den 1990er Jahren verfasste er Artikel, in denen er die Siedlungen unterstützte und argumentierte, Israel solle die besetzten Gebiete behalten. Noch wichtiger ist, dass er zusammen mit Perle und Wurmser im Juni 1996 den berühmten „Clean Break“-Bericht für Netanjahu verfasste, der gerade Premierminister geworden war. Darin wurde Netanjahu unter anderem empfohlen, sich „auf die Entmachtung Saddam Husseins im Irak zu konzentrieren – ein an sich schon wichtiges strategisches Ziel Israels“. Außerdem wurde Israel aufgefordert, Schritte zur Neuordnung des gesamten Nahen Ostens zu unternehmen. Netanjahu folgte ihrem Rat nicht, doch Feith, Perle und Wurmser drängten bald darauf die Bush-Regierung, genau diese Ziele zu verfolgen. Der Ha'aretz-Kolumnist Akiva Eldar warnte, dass Feith und Perle „auf einem schmalen Grat zwischen ihrer Loyalität gegenüber amerikanischen Regierungen ... und israelischen Interessen wandeln“.

Wolfowitz ist Israel ebenso verpflichtet. The Forward beschrieb ihn einmal als „die hawkischste pro-israelische Stimme in der Regierung“ und wählte ihn 2002 an erster Stelle unter 50 Persönlichkeiten, die „bewusst jüdischen Aktivismus betrieben haben“. Etwa zur gleichen Zeit verlieh JINSA Wolfowitz den Henry M. Jackson Distinguished Service Award für die Förderung einer starken Partnerschaft zwischen Israel und den Vereinigten Staaten; und die Jerusalem Post, die ihn als „überaus pro-israelisch“ bezeichnete, ernannte ihn 2003 zum „Mann des Jahres“.

Abschließend sei noch kurz auf die Unterstützung der Neokonservativen für Ahmed Chalabi vor dem Krieg eingegangen, jenem skrupellosen irakischen Exilanten, der den Irakischen Nationalkongress (INC) anführte. Sie unterstützten Chalabi, weil er enge Beziehungen zu jüdisch-amerikanischen Gruppen geknüpft hatte und versprochen hatte, nach seiner Machtübernahme gute Beziehungen zu Israel zu pflegen. Genau das wollten die pro-israelischen Befürworter eines Regimewechsels hören. Matthew Berger legte den Kern der Vereinbarung im Jewish Journal dar: „Der INC sah in verbesserten Beziehungen eine Möglichkeit, den jüdischen Einfluss in Washington und Jerusalem zu nutzen und mehr Unterstützung für seine Sache zu gewinnen. Die jüdischen Gruppen ihrerseits sahen eine Gelegenheit, den Weg für bessere Beziehungen zwischen Israel und dem Irak zu ebnen, falls und sobald der INC an der Ablösung des Regimes von Saddam Hussein beteiligt sein sollte.“

Angesichts der Verbundenheit der Neokonservativen mit Israel, ihrer Besessenheit vom Irak und ihres Einflusses in der Bush-Regierung ist es nicht verwunderlich, dass viele Amerikaner vermuteten, der Krieg sei darauf ausgelegt, israelische Interessen zu fördern. Im vergangenen März räumte Barry Jacobs vom American Jewish Committee ein, dass die Überzeugung, Israel und die Neokonservativen hätten sich verschworen, um die USA in einen Krieg im Irak zu verwickeln, in den Geheimdienstkreisen „weit verbreitet“ sei. Doch nur wenige würden dies öffentlich sagen, und die meisten, die es taten – darunter Senator Ernest Hollings und der Abgeordnete James Moran – wurden dafür verurteilt, das Thema angesprochen zu haben. Michael Kinsley schrieb Ende 2002, dass „das Fehlen einer öffentlichen Diskussion über die Rolle Israels ... der sprichwörtliche Elefant im Raum ist“. Der Grund für die Zurückhaltung, darüber zu sprechen, sei die Angst, als Antisemit abgestempelt

zu werden, stellte er fest. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass Israel und die Lobby entscheidende Faktoren bei der Entscheidung für den Krieg waren. Ohne ihre Bemühungen wäre es weitaus unwahrscheinlicher gewesen, dass die USA diese Entscheidung getroffen hätten. Und der Krieg selbst sollte nur der erste Schritt sein. Eine Schlagzeile auf der Titelseite des Wall Street Journal kurz nach Kriegsbeginn sagt alles: „Der Traum des Präsidenten: Nicht nur das Regime, sondern eine ganze Region verändern: Ein pro-amerikanischer, demokratischer Raum ist ein Ziel, das israelische und neokonservative Wurzeln hat.“

Pro-israelische Kräfte sind seit langem daran interessiert, das US-Militär direkter im Nahen Osten zu engagieren. Doch während des Kalten Krieges hatten sie nur begrenzten Erfolg, da Amerika in der Region als „Offshore-Balancer“ fungierte. Die meisten für den Nahen Osten bestimmten Streitkräfte, wie die Rapid Deployment Force, wurden „über dem Horizont“ und außerhalb der Gefahrenzone gehalten. Die Idee bestand darin, lokale Mächte gegeneinander auszuspielen – weshalb die Reagan-Regierung Saddam während des Iran-Irak-Kriegs gegen den revolutionären Iran unterstützte –, um ein für die USA günstiges Gleichgewicht aufrechtzuerhalten.

Diese Politik änderte sich nach dem ersten Golfkrieg, als die Clinton-Regierung eine Strategie der „doppelten Eindämmung“ verfolgte. Erhebliche US-Streitkräfte sollten in der Region stationiert werden, um sowohl den Iran als auch den Irak einzudämmen, anstatt dass einer dazu benutzt wurde, den anderen in Schach zu halten. Der Vater der doppelten Eindämmung war kein Geringerer als Martin Indyk, der die Strategie erstmals im Mai 1993 am WINEP skizzierte und sie dann als Direktor für Nahost- und Südasienangelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat umsetzte.

Mitte der 1990er Jahre herrschte erhebliche Unzufriedenheit mit der „Dual Containment“-Strategie, da sie die Vereinigten Staaten zum Todfeind zweier Länder machte, die sich gegenseitig hassten, und Washington zwang, die Last der Eindämmung beider Länder zu tragen. Doch es war eine Strategie, die die Lobby befürwortete und für deren Beibehaltung sie sich im Kongress aktiv einsetzte. Unter dem Druck von AIPAC und anderen pro-israelischen Kräften verschärfte Clinton die Politik im Frühjahr 1995 durch die Verhängung eines Wirtschaftsembargos gegen den Iran. Doch AIPAC und die anderen wollten mehr. Das Ergebnis war der Iran and Libya Sanctions Act von 1996, der Sanktionen gegen alle ausländischen Unternehmen verhängte, die mehr als 40 Millionen Dollar in die Erschließung von Erdölvorkommen im Iran oder in Libyen investierten. Wie Ze’ev Schiff, der Militärkorrespondent von Ha’aretz, damals feststellte: „Israel ist nur ein winziger Teil des großen Ganzen, aber man sollte nicht daraus schließen, dass es keinen Einfluss auf die Akteure im Beltway nehmen kann.“

Ende der 1990er Jahre argumentierten die Neokonservativen jedoch, dass eine doppelte Eindämmung nicht ausreiche und ein Regimewechsel im Irak unerlässlich sei. Durch den Sturz Saddams und die Umwandlung des Irak in eine lebendige Demokratie, so argumentierten sie, würden die USA einen weitreichenden Veränderungsprozess im gesamten Nahen Osten auslösen. Die gleiche Denkweise zeigte sich in der Studie „Clean Break“, die die Neokonservativen für Netanjahu verfassten. Bis 2002, als eine Invasion des Irak im Vordergrund stand, war die regionale Transformation in neokonservativen Kreisen ein Glaubenssatz.

Charles Krauthammer beschreibt diesen großangelegten Plan als Idee von Natan Sharansky, doch Israelis aus dem gesamten politischen Spektrum glaubten, dass der Sturz Saddams den Nahen Osten zum Vorteil Israels verändern würde. Aluf Benn berichtete in Ha’aretz (17. Februar 2003):

Hochrangige Offiziere der israelischen Streitkräfte und Personen aus dem engsten Umfeld von Premierminister Ariel Sharon, wie der nationale Sicherheitsberater Ephraim Halevy, zeichnen ein rosiges Bild von der wunderbaren Zukunft, die Israel nach dem Krieg erwarten könnte. Sie stellen sich einen Dominoeffekt vor, bei dem auf den Sturz Saddam Husseins der Sturz der übrigen Feinde Israels folgen würde ... Zusammen mit diesen Führern würden auch der Terror und die Massenvernichtungswaffen verschwinden.

Nachdem Bagdad Mitte April 2003 gefallen war, begannen Sharon und seine Vertrauten, Washington dazu zu drängen, Damaskus ins Visier zu nehmen. Am 16. April forderte Sharon in einem Interview mit Yedioth Ahronoth die Vereinigten Staaten auf, „sehr starken“ Druck auf Syrien auszuüben,

während sein Verteidigungsminister Shaul Mofaz in einem Interview mit Ma'ariv sagte: „Wir haben eine lange Liste von Forderungen, die wir an die Syrer stellen wollen, und es ist angebracht, dass dies über die Amerikaner geschieht.“ Ephraim Halevy erklärte vor einem WINEP-Publikum, es sei nun wichtig, dass die USA gegenüber Syrien hart durchgreifen, und die Washington Post berichtete, Israel „schüre die Kampagne“ gegen Syrien, indem es den US-Geheimdiensten Berichte über die Handlungen des syrischen Präsidenten Bashar Assad zukommen lasse.

Prominente Mitglieder der Lobby brachten dieselben Argumente vor. Wolfowitz erklärte, dass „es in Syrien zu einem Regimewechsel kommen muss“, und Richard Perle sagte einem Journalisten, dass „eine kurze Botschaft, eine aus zwei Worten bestehende Botschaft“ an andere feindliche Regime im Nahen Osten übermittelt werden könne: „Ihr seid die Nächsten.“ Anfang April veröffentlichte WINEP einen parteiübergreifenden Bericht, in dem es hieß, Syrien „sollte die Botschaft nicht übersehen, dass Länder, die Saddams rücksichtsloses, unverantwortliches und trotziges Verhalten nachahmen, am Ende sein Schicksal teilen könnten“. Am 15. April schrieb Yossi Klein Halevi einen Artikel in der Los Angeles Times mit dem Titel „Als Nächstes: Die Schrauben bei Syrien anziehen“, während Zev Chafets am folgenden Tag einen Artikel für die New York Daily News mit dem Titel „Das terrorfreundliche Syrien braucht ebenfalls einen Wandel“ verfasste. Um nicht zurückzustehen, schrieb Lawrence Kaplan am 21. April in der New Republic, dass Assad eine ernsthafte Bedrohung für Amerika darstelle.

Zurück im Capitol Hill hatte der Kongressabgeordnete Eliot Engel erneut den „Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act“ eingebracht. Dieser drohte Syrien mit Sanktionen, sollte es sich nicht aus dem Libanon zurückziehen, seine Massenvernichtungswaffen aufgeben und die Unterstützung des Terrorismus einstellen, und forderte zudem Syrien und den Libanon auf, konkrete Schritte zum Frieden mit Israel zu unternehmen. Dieses Gesetz wurde von der Lobby – insbesondere von AIPAC – nachdrücklich unterstützt und laut der Jewish Telegraph Agency „von einigen der besten Freunde Israels im Kongress ausgearbeitet“. Die Bush-Regierung zeigte wenig Begeisterung dafür, doch das Anti-Syrien-Gesetz wurde mit überwältigender Mehrheit verabschiedet (398 zu 4 im Repräsentantenhaus; 89 zu 4 im Senat), und Bush unterzeichnete es am 12. Dezember 2003.

Die Regierung selbst war sich noch uneinig darüber, ob es klug sei, Syrien ins Visier zu nehmen. Obwohl die Neokonservativen darauf brannten, einen Konflikt mit Damaskus zu provozieren, lehnten die CIA und das Außenministerium diese Idee ab. Und selbst nachdem Bush das neue Gesetz unterzeichnet hatte, betonte er, dass er bei dessen Umsetzung bedächtig vorgehen werde. Seine Ambivalenz ist verständlich. Erstens hatte die syrische Regierung seit dem 11. September nicht nur wichtige Geheimdienstinformationen über Al-Qaida geliefert: Sie hatte Washington auch vor einem geplanten Terroranschlag am Golf gewarnt und CIA-Verhörbeamten Zugang zu Mohammed Zammar gewährt, dem mutmaßlichen Anwerber einiger der Attentäter des 11. September. Ein Vorgehen gegen das Assad-Regime würde diese wertvollen Verbindungen gefährden und damit den größeren Krieg gegen den Terrorismus untergraben.

Zweitens hatte Syrien vor dem Irakkrieg keine schlechten Beziehungen zu Washington (es hatte sogar für die UN-Resolution 1441 gestimmt) und stellte selbst keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar. Ein hartes Vorgehen gegen das Land würde die USA wie einen Tyrannen erscheinen lassen, der einen unersättlichen Drang hat, arabische Staaten zu schikanieren. Drittens würde die Aufnahme Syriens auf die Abschussliste Damaskus einen starken Anreiz geben, im Irak Unruhe zu stiften. Selbst wenn man Druck ausüben wollte, war es sinnvoll, zuerst die Aufgabe im Irak zu Ende zu bringen. Dennoch bestand der Kongress darauf, Damaskus unter Druck zu setzen, vor allem als Reaktion auf den Druck israelischer Beamter und Gruppen wie AIPAC. Gäbe es keine Lobby, hätte es kein „Syria Accountability Act“ gegeben, und die US-Politik gegenüber Damaskus wäre stärker im Einklang mit den nationalen Interessen gestanden.

Israelis neigen dazu, jede Bedrohung in den drastischsten Worten zu beschreiben, doch der Iran wird weithin als ihr gefährlichster Feind angesehen, da er am ehesten Atomwaffen erwerben könnte. Praktisch alle Israelis betrachten ein islamisches Land im Nahen Osten mit Atomwaffen als Bedrohung für ihre Existenz. „Der Irak ist ein Problem ... Aber Sie müssen verstehen, wenn Sie mich fragen, ist der

Iran heute gefährlicher als der Irak“, bemerkte Verteidigungsminister Binyamin Ben-Eliezer einen Monat vor dem Irakkrieg.

Sharon begann im November 2002 in einem Interview mit der Times, die USA dazu zu drängen, dem Iran die Stirn zu bieten. Er bezeichnete den Iran als „Zentrum des weltweiten Terrors“, der darauf aus sei, Atomwaffen zu erwerben, und erklärte, die Bush-Regierung solle „am Tag nach“ der Eroberung des Irak hart gegen den Iran vorgehen. Ende April 2003 berichtete Ha'aretz, dass der israelische Botschafter in Washington einen Regimewechsel im Iran forderte. Der Sturz Saddams, so merkte er an, sei „nicht genug“. Seinen Worten zufolge müsse Amerika „das durchziehen. Wir haben immer noch große Bedrohungen dieser Größenordnung, die von Syrien und vom Iran ausgehen.“

Auch die Neokonservativen verloren keine Zeit, sich für einen Regimewechsel in Teheran einzusetzen. Am 6. Mai veranstaltete das AEI gemeinsam mit der Foundation for the Defense of Democracies und dem Hudson Institute, beides Verfechter Israels, eine ganztägige Konferenz zum Thema Iran. Die Redner waren allesamt stark pro-israelisch eingestellt, und viele forderten die USA auf, das iranische Regime durch eine Demokratie zu ersetzen. Wie üblich plädierte eine ganze Reihe von Artikeln prominenter Neokonservativer dafür, gegen den Iran vorzugehen. „Die Befreiung des Irak war die erste große Schlacht um die Zukunft des Nahen Ostens ... Aber die nächste große Schlacht – hoffentlich keine militärische – wird um den Iran geführt werden“, schrieb William Kristol am 12. Mai im Weekly Standard.

Die Regierung hat auf den Druck der Lobby reagiert, indem sie Überstunden macht, um das iranische Atomprogramm zu stoppen. Doch Washington hatte wenig Erfolg, und der Iran scheint entschlossen, ein Atomwaffenarsenal aufzubauen. Infolgedessen hat die Lobby ihren Druck verstärkt. In Gastkommentaren und anderen Artikeln wird nun vor den unmittelbaren Gefahren eines atomar bewaffneten Irans gewarnt, vor jeglicher Beschwichtigung eines „terroristischen“ Regimes gemahnt und düster auf Präventivmaßnahmen angespielt, sollte die Diplomatie scheitern. Die Lobby drängt den Kongress, den „Iran Freedom Support Act“ zu verabschieden, der die bestehenden Sanktionen ausweiten würde. Israelische Regierungsvertreter warnen zudem, dass sie präventive Maßnahmen ergreifen könnten, sollte der Iran seinen nuklearen Kurs fortsetzen – Drohungen, die zum Teil darauf abzielen, Washingtons Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken.

Man könnte argumentieren, dass Israel und die Lobby keinen großen Einfluss auf die Politik gegenüber dem Iran hatten, da die USA ihre eigenen Gründe haben, den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln. Da ist etwas Wahres dran, aber die nuklearen Ambitionen des Iran stellen keine direkte Bedrohung für die USA dar. Wenn Washington mit einer atomar bewaffneten Sowjetunion, einem atomar bewaffneten China oder sogar einem atomar bewaffneten Nordkorea leben konnte, kann es auch mit einem atomar bewaffneten Iran leben. Und genau deshalb muss die Lobby ständigen Druck auf die Politiker ausüben, damit diese Teheran die Stirn bieten. Der Iran und die USA wären kaum Verbündete, wenn es die Lobby nicht gäbe, aber die US-Politik wäre gemäßigter und ein Präventivkrieg wäre keine ernsthafte Option.

Es ist nicht überraschend, dass Israel und seine amerikanischen Unterstützer wollen, dass die USA sich um alle Bedrohungen für Israels Sicherheit kümmern. Wenn ihre Bemühungen, die US-Politik zu beeinflussen, Erfolg haben, werden Israels Feinde geschwächt oder gestürzt, Israel erhält freie Hand gegenüber den Palästinensern, und die USA übernehmen den Großteil des Kampfes, der Verluste, des Wiederaufbaus und der Kosten. Doch selbst wenn es den USA nicht gelingt, den Nahen Osten umzugestalten, und sie sich in einem Konflikt mit einer zunehmend radikalisierten arabischen und islamischen Welt wiederfinden, wird Israel letztlich von der einzigen Supermacht der Welt geschützt sein. Aus Sicht der Lobby ist dies kein perfektes Ergebnis, aber es ist offensichtlich vorzuziehen, dass Washington sich distanziert oder seinen Einfluss nutzt, um Israel zu zwingen, Frieden mit den Palästinensern zu schließen.

Kann die Macht der Lobby eingeschränkt werden? Man möchte es gerne glauben, angesichts des Irak-Debakels, der offensichtlichen Notwendigkeit, das Image Amerikas in der arabischen und islamischen Welt wiederherzustellen, und der jüngsten Enthüllungen darüber, dass AIPAC-Funktionäre Geheimnisse der US-Regierung an Israel weitergegeben haben. Man könnte auch meinen, dass

Arafats Tod und die Wahl des gemäßigteren Mahmoud Abbas Washington dazu veranlassen würden, energisch und unparteiisch auf ein Friedensabkommen zu drängen. Kurz gesagt, es gibt reichlich Gründe für die politischen Führer, sich von der Lobby zu distanzieren und eine Nahostpolitik zu verfolgen, die den übergeordneten Interessen der USA besser entspricht. Insbesondere würde der Einsatz amerikanischer Macht zur Erreichung eines gerechten Friedens zwischen Israel und den Palästinensern dazu beitragen, die Sache der Demokratie in der Region voranzubringen.

Doch das wird nicht geschehen – jedenfalls nicht in absehbarer Zeit. AIPAC und seine Verbündeten (einschließlich christlicher Zionisten) haben in der Welt der Lobbyisten keine ernstzunehmenden Gegner. Sie wissen, dass es heute schwieriger geworden ist, für Israel zu argumentieren, und reagieren darauf mit Personalaufstockungen und einer Ausweitung ihrer Aktivitäten. Außerdem reagieren amerikanische Politiker nach wie vor äußerst empfindlich auf Wahlkampfspenden und andere Formen politischen Drucks, und die großen Medien werden Israel wahrscheinlich weiterhin wohlwollend gegenüberstehen, egal was es tut.

Der Einfluss der Lobby sorgt an mehreren Fronten für Probleme. Er erhöht die terroristische Bedrohung, der alle Staaten ausgesetzt sind – einschließlich der europäischen Verbündeten Amerikas. Er hat eine Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts unmöglich gemacht, eine Situation, die Extremisten ein wirkungsvolles Rekrutierungsinstrument an die Hand gibt, den Pool potenzieller Terroristen und Sympathisanten vergrößert und zum islamischen Radikalismus in Europa und Asien beiträgt.

Ebenso besorgniserregend ist, dass die Kampagne der Lobby für einen Regimewechsel im Iran und in Syrien die USA dazu veranlassen könnte, diese Länder anzugreifen, was potenziell katastrophale Folgen hätte. Wir brauchen keinen weiteren Irak. Zumindest macht die Feindseligkeit der Lobby gegenüber Syrien und dem Iran es für Washington fast unmöglich, diese Länder in den Kampf gegen Al-Qaida und die irakischen Aufständischen einzubinden, wo ihre Hilfe dringend benötigt wird.

Hier kommt auch eine moralische Dimension ins Spiel. Dank der Lobby sind die Vereinigten Staaten de facto zum Wegbereiter der israelischen Expansion in den besetzten Gebieten geworden und machen sich damit mitschuldig an den Verbrechen gegen die Palästinenser. Diese Situation untergräbt Washingtons Bemühungen, Demokratie im Ausland zu fördern, und lässt es heuchlerisch erscheinen, wenn es andere Staaten dazu drängt, die Menschenrechte zu achten. Die Bemühungen der USA, die Verbreitung von Atomwaffen einzudämmen, wirken ebenso heuchlerisch angesichts ihrer Bereitschaft, Israels Atomarsenal zu akzeptieren, was den Iran und andere nur dazu ermutigt, nach ähnlichen Fähigkeiten zu streben.

Außerdem ist die Kampagne der Lobby, die Debatte über Israel zu unterbinden, ungesund für die Demokratie. Skeptiker durch die Erstellung von schwarzen Listen und Boykotten zum Schweigen zu bringen – oder durch die Unterstellung, Kritiker seien Antisemiten – verstößt gegen das Prinzip der offenen Debatte, auf dem die Demokratie beruht. Die Unfähigkeit des Kongresses, eine echte Debatte über diese wichtigen Themen zu führen, lähmt den gesamten Prozess der demokratischen Beratung. Israels Unterstützer sollten die Freiheit haben, ihre Argumente vorzubringen und diejenigen herauszufordern, die anderer Meinung sind, doch Bemühungen, die Debatte durch Einschüchterung zu unterbinden, müssen entschieden verurteilt werden.

Schließlich hat sich der Einfluss der Lobby negativ auf Israel ausgewirkt. Ihre Fähigkeit, Washington zur Unterstützung einer expansionistischen Agenda zu bewegen, hat Israel davon abgehalten, Chancen zu ergreifen – darunter einen Friedensvertrag mit Syrien und eine rasche und vollständige Umsetzung der Osloer Abkommen –, die israelische Leben gerettet und die Reihen der palästinensischen Extremisten dezimiert hätten. Den Palästinensern ihre legitimen politischen Rechte zu verweigern, hat Israel sicherlich nicht sicherer gemacht, und die langjährige Kampagne, eine Generation palästinensischer Führer zu töten oder an den Rand zu drängen, hat extremistische Gruppen wie die Hamas gestärkt und die Zahl der palästinensischen Führer verringert, die bereit wären, eine faire Lösung zu akzeptieren und diese umzusetzen. Israel selbst wäre wahrscheinlich besser dran, wenn die Lobby weniger mächtig und die US-Politik ausgewogener wäre.

Es gibt jedoch einen Hoffnungsschimmer. Obwohl die Lobby nach wie vor eine mächtige Kraft ist, lassen sich die negativen Auswirkungen ihres Einflusses immer schwerer verbergen. Mächtige Staaten können fehlerhafte Politik zwar eine ganze Weile aufrechterhalten, doch die Realität lässt sich nicht ewig ignorieren. Was benötigt wird, ist eine offene Diskussion über den Einfluss der Lobby und eine offenere Debatte über die Interessen der USA in dieser entscheidenden Region. Das Wohlergehen Israels ist eines dieser Interessen, seine anhaltende Besetzung des Westjordanlands und seine weiterreichende regionale Agenda jedoch nicht. Eine offene Debatte wird die Grenzen der strategischen und moralischen Argumente für eine einseitige Unterstützung durch die USA aufzeigen und könnte die USA zu einer Position bewegen, die besser mit ihren eigenen nationalen Interessen, den Interessen der anderen Staaten in der Region und auch mit den langfristigen Interessen Israels im Einklang steht.

10. März

John Joseph Mearsheimer ist R. Wendell Harrison Distinguished Service Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Chicago. (Quelle: [Wikipedia](#))

Stephen Martin Walt ist Robert-und-Renee-Belfer-Professor für Internationale Angelegenheiten an der Kennedy School of Government in Harvard. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „*Die Zähmung der amerikanischen Macht: Die globale Reaktion auf der USA die Vorherrschaft*“.
